

SAARLAND



STATISTISCHE NACHRICHTEN

VIERTELJAHRESHEFT
des
STATISTISCHEN LANDESAMTES

I 2 3 4

I 2 3

I 2

Statistische Nachrichten

Vierteljahresheft des Statistischen Landesamtes

Hrsg.: Statistisches Landesamt Saarland
Hardenbergstr. 3, 66119 Saarbrücken
Postfach 10 30 44, 66030 Saarbrücken
Telefon: (06 81) 505-935
Btx: 20 395 60 Telefax: 06 81/505-921

Bezugspreis: Einzelheft **5,00 DM**
Jahresabonnement **18,00 DM**

Bestellungen: Statistisches Landesamt Saarland
Telefon: (06 81) 505-927

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe gestattet.

INHALT

Kurzinformationen	Saarländischer Wohnungsbau im Mai um 4,7 % teurer als vor einem Jahr	5
	Unternehmenskonkurse weiter im Ansteigen	5
	Im ersten Halbjahr 1993 weniger Unfälle auf saarländischen Straßen	5
	Halbjahresumsätze im saarländischen Einzelhandel leicht unter Vorjahresniveau	6
	Jahresteuerrate seit Monaten praktisch konstant	6
	Reales Bruttoinlandsprodukt des Saarlandes im 1. Halbjahr 1993 rückläufig	6
	Kräftiger Anstieg der Sozialhilfeempfänger	7
	Bauhauptgewerbe im 1. Halbjahr 1993 mit 6 % Umsatzplus bei rückläufiger Auftragslage	7
Grafiken zur Wirtschaftsentwicklung		8
Zur Wirtschaftslage		9
Beiträge	Die neuen Sozial- und Jugendhilfestatistiken	11
Buchbesprechungen	Namen und Schlüsselzahlen	34
	Verzeichnisse Sozialer Einrichtungen	34
Tabellenteil	Zahlenspiegel	35
Anhang	Mitteilungen des Amtes	41
	Statistik anno dazumal	42
	Veröffentlichungen des Statistischen Landesamtes	43

ZEICHENERKLÄRUNG

- p vorläufige Zahlen
- 0 weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
- r berichtigte Zahlen
- nichts vorhanden (genau null)
- . Zahlenwert unbekannt oder geheimzuhalten
- x Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
- ... Angabe fällt später an
- / keine Angabe, da Zahlenwert nicht sicher genug
- () Aussagewert eingeschränkt, da der Zahlenwert Fehler aufweisen kann

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen möglich

Kurzinformationen

Saarländischer Wohnungsbau im Mai um 4,7 % teurer als vor einem Jahr

Der Neubau von Wohngebäuden konventioneller Bauart verteuerte sich bis Mai 1993 innerhalb Jahresfrist um 4,7 % und seit Februar 1993 um 1,6 %. Ein Teil des Preisschubes ist auf die Mehrwertsteuererhöhung um 1 Prozentpunkt zum Jahreswechsel 1992/93 zurückzuführen.

Bei den Bauleistungen stiegen die Preise für Rohbauarbeiten innerhalb der 12 Monate um 4,8 % und seit Februar um 2,4 %. Die Preise für Ausbauarbeiten zogen um 4,6 % an, wobei die letzten drei Monate mit + 0,6 % sich etwas gedämpfter entwickelten. Für die Preisentwicklung spielte die Art des Wohngebäudes, ob Ein- oder Mehrfamilienhaus, keine Rolle.

Im Bereich der Nichtwohngebäude zogen die Preise für Bürogebäude um 4,5 % an, gewerbliche Betriebsgebäude verteuerten sich um 4,3 %.

Starke Preiserhöhungen seit Mai 1992 gab es bei den sonstigen Bauwerken. Für den Straßenbau insgesamt mußten 8,2 % mehr aufgebracht werden, die Kosten für Bundes- und Landesstraßen stiegen um 8,1 %, die Preise für den Bau von Bundesautobahnen erhöhten sich um 8,3 % . Ortskanalarbeiten wurden um 7,1 % teurer.

Unternehmenskonkurse weiter im Ansteigen

Die Zahl der Unternehmenskonkurse im Saarland hat im ersten Halbjahr 1993 weiter zugenommen; mit 136 beantragten Verfahren wurde der Halbjahreswert 1992 um über ein Fünftel übertroffen.

Wie sich erneut zeigt, geraten besonders häufig noch relativ junge Unternehmen in ernste Zahlungsschwierigkeiten, denn vier von fünf insolventen Unternehmen waren unter acht Jahre alt. Eine weitere Regelmäßigkeit stellt der hohe Anteil - im Berichtszeitraum sind es drei Viertel - von sog. masselosen nicht eröffneten Konkursen dar, in denen die verbliebene Konkursmasse nicht einmal mehr zur Deckung der Verfahrenskosten ausreicht. Für die Gläubiger, die bislang insgesamt Forderungen in Höhe von 70 Mio. DM geltend gemacht haben, kommt die Nichteröffnung einem Totalverlust ihrer Ansprüche gleich.

In nahezu allen Wirtschaftsbereichen war eine Zunahme der Konkurse festzustellen. Das Verarbeitende Gewerbe lag mit einem Anstieg von 20 auf 38 Verfahren an der Spitze, wofür in erster Linie die mehr als Verdreifachung der Fallzeit im Stahl-, Maschinen- und Fahr-

zeugbau verantwortlich zu machen ist. Im in der Vergangenheit besonders konkursfähigen saarländischen Baugewerbe ist die Zahl der Firmenzusammenbrüche (29) dagegen etwas zurückgegangen. Nach dem Verarbeitenden Gewerbe betreffen die meisten Konkursanträge (32) den Handelsbereich und hier überwiegend den Einzelhandel.

Die Insolvenzentwicklung im Saarland folgt dem Trend auf Bundesebene, denn nach den aktuell vorliegenden Zahlen bis Mai 1993 ergab sich auch für die alten Bundesländer insgesamt ein Anstieg der Unternehmenskonkurse um 27,5%.

Im ersten Halbjahr 1993 weniger Unfälle auf saarländischen Straßen

Nach vorläufigen Auszählungen ereigneten sich im Saarland von Januar bis Juni 1993 insgesamt 12 873 Verkehrsunfälle. Bei 10 429 Unfällen entstand lediglich Sachschaden, einschließlich des Bagatellschadens, soweit die unfallaufnehmenden Polizeibeamten herangezogen wurden. Bei weiteren 2 444 Unfällen kamen 3 226 Verkehrsteilnehmer zu Schaden, von denen 39 auf der Stelle getötet oder innerhalb von 30 Tagen an den Unfallfolgen starben, 538 in stationäre Krankenhausbehandlung gebracht werden mußten und 2 649 leichte Verletzungen davontrugen.

Die Gesamtzahl der erfaßten Unfälle hat sich gegenüber dem ersten Halbjahr 1992 um 12,0 % verringert, was auf eine kräftige Abnahme der reinen Sachschadensfälle um 1 619 oder 13,4 % zurückzuführen ist. Hierbei handelt es sich aber um statistisch ermittelte Werte, da ab 1. April 1992 Bagatellschäden in der Regel polizeilich nicht mehr protokolliert, sondern nur noch gezählt werden. Die tatsächliche Zahl der reinen Sachschadensfälle dürfte vermutlich höher liegen, da sich die Unfallparteien häufig ohne Hinzuziehung der Polizei einigen.

Aber auch die Zahl der Personenschadensfälle lag um 129 oder 5,0 % unter der Vergleichszahl des Vorjahres. Seit Jahresanfang verunglückten im Saarland 152 oder 4,5 % weniger Personen als zur Vorjahreszeit. Allerdings nahm die Schwere der Verletzungen zu. Die Zahl der Verkehrstoten war zwar kaum höher als vor einem Jahr (+ 2 Personen), jedoch mußten 52 Verkehrsteilnehmer mehr als im Vorjahreszeitraum 1992 mit schweren Verletzungen in stationäre Krankenhausbehand-

lung gebracht werden bei gleichzeitiger rückläufiger Entwicklung bei den Leichtverletzten um 7,2 %.

Halbjahresumsätze im saarländischen Einzelhandel leicht unter Vorjahresniveau

Der saarländische Einzelhandel setzte im ersten Halbjahr 1993 nominal knapp zwei Prozent (- 1,9 %) weniger um als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Unter Ausschaltung der inzwischen eingetretenen Preisveränderungen entspricht dies einem realen Umsatzrückgang um 4,0 %.

Dabei war die Umsatzentwicklung in den einzelnen Branchen sehr unterschiedlich. Nach wie vor gute Geschäftsabschlüsse meldete der Einzelhandel mit Einrichtungsgegenständen (nominal + 10,6 %; real + 7,4 %), worunter auch die Baumärkte fallen.

Dem Einzelhandel mit sonstigen Waren, Waren verschiedener Art (+ 3,1 %; + 0,8 %) gelang es ebenfalls, eine Umsatzsteigerung im Vergleich zum ersten Halbjahr 1992 zu erwirtschaften. Innerhalb dieser Gruppe sind es vor allem SB-Warenhäuser (+ 5,1 %; + 3,4 %), die einer regen Nachfrage begegneten, während die in den Innenstädten gelegenen Warenhäuser weiterhin rückläufige Umsatzwerte (- 3,9 %; - 6,1 %) registrierten.

Die Verkaufserlöse des Vorjahres wurden insbesondere im Einzelhandel mit pharmazeutischen, kosmetischen und medizinischen Erzeugnissen (- 11,7 %; - 11,4 %), im Einzelhandel mit Fahrzeugen, Fahrzeugteilen und -reifen (- 10,6 %; - 14,8 %) und im Einzelhandel mit Papierwaren, Druckerzeugnissen, Büromaschinen (- 8,2 %; - 10,0 %) deutlich unterschritten.

Die Zahl der Beschäftigten hat sich im Halbjahresdurchschnitt nur wenig (+ 1,2 %) verändert. Der Handel setzte um 4,0 % mehr Teilzeitbeschäftigte ein, während die Zahl der Vollbeschäftigten geringfügig (- 0,6 %) unter der des ersten Halbjahres 1992 lag.

Jahresteuerrate seit Monaten praktisch konstant

Im August ergab sich im Jahresvergleich eine Preissteigerung von 3,6 %, die mit dem Anstieg der Monate Mai, Juni und Juli weitgehend identisch war. In Monatsfrist stieg der Preisindex für die Lebenshaltungskosten eines saarländischen 4-Personen-Arbeitnehmerhaushaltes mit mittlerem Einkommen um 0,1 % auf 118,4 (Basis 1985 = 100).

Die Preise für "Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren" gaben zum Vormonat leicht um 0,3 % nach. Während Kernobst in Monatsfrist um 2,0 Prozent und in Jahresfrist um 21,5 % billiger wurde, verteuerten sich die Süd- und Zitrusfrüchte um 5,6 % bzw. 20,3 %.

Insgesamt sanken die Preise für Obst und Obsterzeugnisse seit Juli um 3,0 %. Kartoffel- und Gemüseerzeugnisse verbilligten sich um 1,5 %, frischer Speisekohl sogar um 8,0 %. Auch Kaffee lag mit 5,1 % unter dem Wert des Vormonat. Um 0,3 % erhöht haben sich dagegen die Preise für Brot und Backwaren.

"Wohnungsmieten (einschließlich Nebenkosten)" lagen im Monatsvergleich um 0,6 %, im Jahresvergleich um 4,1 % höher. Die Preise der "Verbrauchsgüter für die Gesundheitspflege" stiegen seit August 1992 um 25,2 %.

Reales Bruttoinlandsprodukt des Saarlandes im 1. Halbjahr 1993 rückläufig

Nach einer über zehnjährigen ununterbrochenen Wachstumsphase befindet sich die gesamtwirtschaftliche Entwicklung des Saarlandes ebenso wie in allen anderen Ländern des früheren Bundesgebietes 1993 in einer Rezession. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) als Maßstab für die gesamtwirtschaftliche Leistung ging im ersten Halbjahr 1993 gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum real um 3,2 % zurück. Dies ergaben erste, noch sehr grobe Schätzungen durch den Arbeitskreis "Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder" nach Auswertung der aktuell verfügbaren Wirtschaftsstatistiken. Nominal, d.h. vor Ausschaltung der Preissteigerungen, verblieb noch ein leichter Zuwachs von 0,4 %.

Der konjunkturelle Abschwung betraf alle westlichen Bundesländer. Für das frühere Bundesgebiet zusammen errechneten die Statistiker einen realen Rückgang des BIP um 2,6 % bei einem nominalen Anstieg von 0,9 %.

Erste Abschwächungstendenzen zeigten sich bereits im Frühjahr 1992. Die reale Zunahme des BIP blieb im gesamten Jahr 1992 mit nur noch 1,0 % im Saarland und 1,5 % im früheren Bundesgebiet deutlich unter den Wachstumsraten der Vorjahre. Charakteristisch für die derzeitige Rezession ist, daß sie bundesweit große Teile der Industrie erfaßt hat. Bedeutende Branchen, vor allem im Investitionsgütergewerbe wie z.B. Straßenfahrzeugbau, Maschinenbau und Elektrotechnik, die jahrelang einen stetigen wirtschaftlichen Aufschwung verzeichneten, müssen gegenwärtig herbe Einbußen hinnehmen. Im Saarland wird diese konjunkturelle Entwicklung zusätzlich verstärkt durch die strukturelle Anpassung bei Kohle und Stahl.

Als konjunkturelle Lichtblicke behaupteten sich im Saarland dagegen das Baugewerbe, der Bereich Druck und Papier und, mit Einschränkungen, auch das Nahrungs-

und Genußmittelgewerbe. Positive Impulse kamen zudem von weiten Teilen des Dienstleistungssektors.

Kräftiger Anstieg der Sozialhilfeempfänger Fast jeder 14. Einwohner erhielt Sozialhilfe

Im Laufe des Jahres 1992 bezogen im Saarland rund 79 000 Personen, also rechnerisch fast jeder 14. Einwohner Leistungen nach dem Bundessozialhilfegesetz.

Damit hat sich die Zahl der Sozialhilfeempfänger gegenüber dem Vorjahr um rund 7 000 Personen oder um zehn Prozent erhöht.

Nach zwei Jahren leicht rückläufiger Entwicklung haben sich damit die Empfängerzahlen seit 1980 insgesamt verdoppelt. Um das Dreifache gestiegen sind im gleichen Zeitraum die Bruttoausgaben. Sie liegen jetzt bei 700 Mio. DM.

Erneut überdurchschnittlich hoch war die Zunahme bei den Empfängern von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt um gut 12 %. Im Laufe des Jahres nahmen über 63 000 Personen diese Hilfe in Anspruch, zum Stichtag 31.12.1992 waren es 45 500 Personen.

Nicht im gleichen Ausmaß, aber immerhin mehr als doppelt so stark wie im Vorjahr, ist die Zahl der Empfänger von Hilfe in besonderen Lebenslagen angestiegen, nämlich um 2 000 bzw. 5,5 Prozent auf gut 30 000 Personen. Zu berücksichtigen ist bei diesen Zahlen allerdings, daß sich der Empfängerkreis von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt sowie von Hilfe in besonderen Lebenslagen zum Teil überschneidet.

Bauhauptgewerbe im 1. Halbjahr 1993 mit 6% Umsatzplus bei rückläufiger Auftragslage

Das saarländische Bauhauptgewerbe erzielte in den ersten sechs Monaten 1993 von 1,1 Mrd. DM. Das sind 6,0% mehr als zur vergleichbaren Zeit des Vorjahres. Dagegen fielen die Auftragseingänge im gleichen Zeitraum um 15,9 Prozent auf 841 Mio. DM.

Maßgeblichen Anteil an dieser Entwicklung hatte der Hochbau, der seine Umsätze auf 682,7 Mio. DM erhöhen konnte. Dies entspricht einer Zunahme von 9,0 Prozent. Im privaten Wohnungsbau wurde mit + 2,6 % ebenfalls ein verbessertes Ergebnis festgestellt.

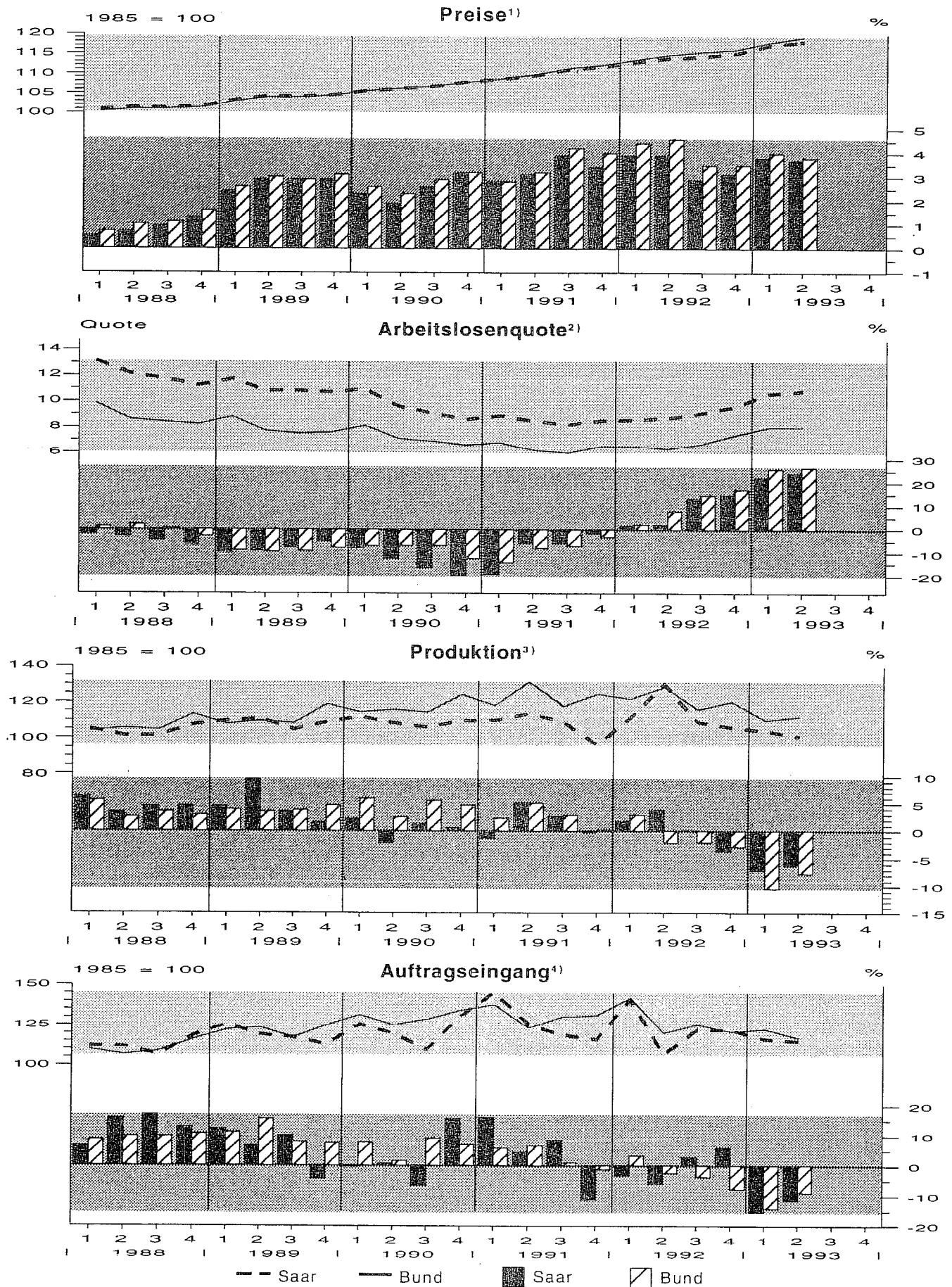
Auftragseinbrüche waren vor allem im gewerblichen und im industriellen Bau, aber auch im öffentlichen und Verkehrsbau zu verzeichnen. Bei ersteren gingen die Aufträge um 22,9 Prozent auf 307,4 Mio. DM, bei letzteren um 20,8 Prozent auf 368,2 Mio. DM zurück. Lediglich im Wohnungsbau nahmen die Bestellungen um 21,8 Prozent zu, konnten aber mit einem Volumen von 164,9 Mio. DM die Auftragsverluste der übrigen Bereiche wenig ausgleichen. Insgesamt lagen dem Bauhauptgewerbe Aufträge aus dem Saarland in Höhe von 624 Mio. DM vor.

Die rückläufigen Auftragseingänge wirkten sich bereits auf die Beschäftigung im Bauhauptgewerbe aus. Die Zahl der beschäftigten Personen sowie die geleisteten Arbeitsstunden lagen um 1,1% bzw. 2,2% niedriger als im gleichen Vorjahreszeitraum, während die Bruttolohn- und Gehaltssumme entsprechend der tariflichen Entwicklung noch um 4,1% zunahm.

Auch im saarländischen Ausbaugewerbe wurden im 1. Halbjahr 1993 Leistungssteigerungen verzeichnet. Der Umsatz stieg im genannten Zeitraum gegenüber dem Vorjahr um 7,8% bei einem Beschäftigtenplus von 6,8%. An dieser positiven Entwicklung konnten jedoch einzelne Branchen, insbesondere der Bereich der Elektroinstallationen, nicht teilnehmen. Hier reduzierten sich Umsatz und Beschäftigung um 4,6% bzw. 5,2%.

Konjunkturdaten Bundesgebiet und Saarland

Entwicklung und Veränderungsraten zum Vorjahresquartal



1) Preisindex für die Lebenshaltung (1985 = 100). 2) Veränderung der Zahl der Arbeitslosen zum Vorjahresquartal in %. 3) Nettoproduktionsindex für das Produzierende Gewerbe. 4) Auftragseingangsindex für das Verarbeitende Gewerbe in jeweiligen Preisen (1985 = 100).

Zur Wirtschaftslage (Stand: Sommer 1993)

Nach den heftigen Rückschlägen, die die deutsche Wirtschaft seit Mitte 1992 in die Rezession abgleiten ließen, hat sich der konjunkturelle Abwärtstrend im Sommer 1993 zumindest vorübergehend stabilisiert. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) als Maßstab für die im Inland erbrachte Wirtschaftsleistung war in **Westdeutschland** im 2. Vierteljahr 1993 saison- und kalenderbereinigt real um ein halbes Prozent größer als im Vorquartal, nachdem es in den vier vergangenen Quartalen jeweils geschrumpft war. Das 1. Halbjahr 1993 schloß mit einer realen BIP-Veränderung von - 2,6 % gegenüber dem 1. Halbjahr 1992 ab. Besonders stark war - auf der Verwendungsseite des BIP - der Rückgang der Ausrüstungsinvestitionen um 16,5 %, während der Private Verbrauch, der Staatsverbrauch und die Bauinvestitionen jeweils nur leicht nachgaben. Die Ausfuhr von Waren und Dienstleistungen verringerte sich um 6,6 %, die Einfuhr um 7,1 %.

In den **neuen Bundesländern** steht die Wirtschaft weiterhin unter einem hohen Anpassungs- und Rationalisierungsdruck, doch mehren sich die Anzeichen für eine konjunkturelle Belebung. Höhere Auftragseingänge und zunehmende Produktion ließen das BIP im 1. Halbjahr 1993 dort real um gut 6 % ansteigen, nachdem es im ganzen Jahr 1992 bereits um über 9 % gewachsen war.

Sorge bereitet in West- wie in Ostdeutschland der Arbeitsmarkt. Im früheren Bundesgebiet wurden zur Jahresmitte etwas weniger als 29 Mio. Erwerbstätige gezählt. Das bedeutet binnen Jahresfrist einen Abbau von rund 550.000 Stellen. Parallel dazu erhöhte sich die Zahl der Arbeitslosen um 450.000 auf 2.166.000 Personen, womit die Arbeitslosenquote von 6,3 % auf 7,8 % anstieg. Eine noch höhere Erwerbslosigkeit wurde durch verstärktes Ausweichen auf Kurzarbeit vermieden, von der Mitte 1993 fast 900.000 Arbeitnehmer betroffen waren, viermal so viel wie im Jahr zuvor.

An der Preisfront haben sich die inflationären Tendenzen im bisher abgelaufenen Jahr stabilisiert; die Teuerungsrate für die Lebenshaltung der privaten Haushalte liegt derzeit bei leicht über 4 %.

Auch die **saarländische Wirtschaft** steckt in der 1. Jahreshälfte 1993 in einer ernsthaften Rezession. Das BIP ging im Vergleich zum 1. Halbjahr 1992 real um 3,2 % zurück. Aufgrund des hohen Industrialisierungsgrades fiel der Konjunktüreinbruch vor allem im Verarbeitenden Gewerbe heftig aus. Hier blieben die Auftragseingänge - die üblicherweise als konjunktureller Frühindikator gelten - um 14,6 % unter dem Volumen des 1. Halbjahres 1992. Besonders im Inlandsgeschäft wurden mit - 17,4 % deutlich weniger Bestellungen notiert, während die Auslandsorders um 9,2 % zurückgingen. Dies führte in den Betrieben des Bergbaus und des Verarbeitenden Gewerbes zu Produktionsausfällen von 8 % und Umsatzeinbußen von 12,3 %. Die Zahl der Beschäftigten sank, teils durch innerbetriebliche Anpassung, teils durch das Ausscheiden ganzer Betriebe infolge Stilllegung oder Konkurs, binnen Jahresfrist um 8.500 oder 6,3 % auf jetzt noch 126.555.

Bezeichnend für den Ernst der gegenwärtigen Wirtschaftslage ist, daß sich nahezu alle bedeutenden Industriezweige im konjunkturellen Abschwung befinden. Die Zahlen des 1. Halbjahres 1993 sprechen für sich: die größte Branche, der Straßenfahrzeugbau, verlor 23,4 % der Auftragseingänge und mußte die Produktion um 10,3 % drosseln. Die Verkaufserlöse blieben um 19,4 % unter der entsprechenden Vorjahressumme. Durch einen Stellenabbau von 5,9 % fiel die Zahl der Beschäftigten - nach einem kontinuierlichen Anstieg in den letzten Jahrzehnten - wieder unter 20.000. Zur Peripherie der Kfz-Industrie gehören u. a. der Maschinenbau, die Elektrotechnik, der Stahl- und Leichtmetallbau, die Herstellung von EBM-Waren, die Gummiverarbeitung und die Kunststoffindustrie, die ebenfalls ähnlich heftige Einbrüche zu verkraften haben. Sehr kritisch ist die Situation vor allem in der eisenschaffenden Industrie nach der Konkurseröffnung beim größten saarländischen Stahlunternehmen. Demgegenüber verläuft die negative Entwicklung im Kohlebergbau entsprechend der planmäßigen Umstrukturierung eher moderat.

Als konjunkturelle Lichtblicke innerhalb der Saarindustrie sind derzeit allenfalls das Papier- und das Druckgewerbe, die vermutlich von Druckaufträgen in Verbindung mit der Umstellung auf die neuen Postleitzahlen profitierten, sowie das nach wie vor robuste Nahrungs- und Genußmittelgewerbe zu nennen.

Auch das Baugewerbe konnte mit dem Geschäftsverlauf in der 1. Jahreshälfte 1993 noch zufrieden sein. Im Bauhauptgewerbe war die Auftragslage vor allem im Wohnungsbau weiterhin positiv, im gewerblichen und im öffentlichen Bau jedoch schon stark rückläufig. Die produktive Leistung wurde um 5,7 % gesteigert und die Umsätze

um 6 %. Die Zahl der Beschäftigten gab mit - 1,1 % nur leicht nach und liegt weiterhin bei knapp 17.000. Etwas günstiger präsentierte sich das Ausbaugewerbe: hier erhöhten sich die Umsätze um 7,8 % und die Anzahl der Arbeitsplätze um 6,8 %.

Das saarländische Handwerk verzeichnete eine Zunahme der Beschäftigung um lediglich 0,7 %. Daß gleichzeitig die Erlöse im Vorjahresvergleich um 2,8 % zurückgingen, dürfte mit der Mehrwertsteuererhöhung ab 1. Januar 1993 und den daraus resultierenden Reaktionen zusammenhängen: im 4. Quartal 1992 schwollen die Handwerksumsätze gegenüber dem 3. Quartal um 14 % an, um anschließend, nach dem Jahreswechsel, um 25 % abzufallen.

Im Einzelhandel waren bis zum Frühjahr ähnliche Effekte zu beobachten. Das allgemein unbefriedigende Konsumklima bewirkte im 1. Halbjahr eine Umsatzeinbuße von nominal 1,9 % und real 4 % sowie einen Beschäftigungsrückgang um 4,5 %, vornehmlich bei den Vollzeitbeschäftigten.

Das Preisniveau der Lebenshaltung lag im Halbjahresdurchschnitt um 3,8 % über dem Vorjahresstand, damit also niedriger als im Bundesmittel. Stark verteuert haben sich vor allem Wohnungsmieten, während die Nahrungsmittel- und die Energiepreise nur leicht anzogen.

Der saarländische Arbeitsmarkt bekam die konjunkturelle Flaute bereits deutlich zu spüren. Die Zahl der Arbeitslosen schnellte binnen Jahresfrist um 23,8 % auf nahezu 46.000 empor. Die Arbeitslosenquote erhöhte sich von 8,7 % auf 10,8 %. Der Bestand an Kurzarbeitern war zur Jahresmitte mit 19.320 mehr als fünfmal so hoch wie im Vorjahr. Da gleichzeitig die Zahl der offenen Stellen um über ein Drittel auf weniger als 3.000 abgenommen hat, ist eine baldige Erholung derzeit nicht in Sicht. Die im 1. Halbjahr 1993 gehäuft eingetretenen Konkursfälle renommierter saarländischer Unternehmen geben kaum Anlaß zur Hoffnung, daß die gesamtwirtschaftliche Talsohle bald durchschritten wird und die Konjunktur wieder auf einen günstigeren Pfad einschwenken kann.

Die neuen Sozial- und Jugendhilfestatistiken

Vorbemerkungen

1. Sozialhilfestatistik ab 1994

- 1.1 Statistik der Empfänger nach dem BSHG
 - 1.1.1 Empfänger laufender Hilfe zum Lebensunterhalt
 - 1.1.2 Kurzzeitempfänger laufender Hilfe zum Lebensunterhalt
 - 1.1.3 Empfänger von Hilfe in besonderen Lebenslagen
- 1.2 Statistik der Ausgaben und Einnahmen nach dem BSHG

2. Asylbewerberleistungsstatistik ab 1994

- 2.1 Empfänger von Regelleistungen
 - 2.1.1 Einmalige Bestandsaufnahme zum 01.01.1994
 - 2.1.2 Laufende Meldung der Zu- und Abgänge, Fortschreibung
 - 2.1.3 Erhebung des Jahresendbestandes
- 2.2 Empfänger von ausschließlich besonderen Leistungen
- 2.3 Statistik der Ausgaben und Einnahmen
- 2.4 Erhebungsprogramm

3. Wohngeldstatistik ab 1991

- 3.1 Gesetzliche Grundlage
- 3.2 Erhebungsverfahren
- 3.3 Erhebungsprogramm
- 3.4 Auswertung der Ergebnisse

4. Jugendhilfestatistik ab 1991

- 4.1 Aufgaben der Jugendhilfe
- 4.2 Gesetzliche Grundlagen
- 4.3 Das neue Erhebungsprogramm
 - 4.3.1 Statistik der erzieherischen Hilfen
 - 4.3.2 Statistik über Maßnahmen der Jugendarbeit
 - 4.3.3 Einrichtungs- und Personalerhebung
 - 4.3.4 Statistik der Ausgaben und Einnahmen
- 4.4 Auswertung der Ergebnisse

Vorbemerkungen

Die Entwicklungen im Sozial- und Jugendhilferecht stellen die amtliche Statistik in diesen wichtigen Bereichen vor neue Herausforderungen. So haben die jüngsten Änderungen des Sozialhilfe-, des Wohngeld- und des Asylrechts sowie die Neuordnung des Kinder- und Jugendhilferechts zur Folge, daß künftig bei der Durchführung von vier Bundesstatistiken, nämlich der Sozialhilfestatistik, der Statistik über das pauschalierte Wohngeld, der Asylbewerberleistungsstatistik und der Jugendhilfestatistik, auf Verwaltungsunterlagen der Sozial- und Jugendämter zurückgegriffen wird. Dabei bestehen zwischen den genannten Erhebungen verfahrensmäßige Beziehungen, zwischen den drei erstgenannten auch enge inhaltliche Beziehungen.

Bei den folgenden methodischen Erläuterungen der neuen Sozial- und Jugendhilfestatistiken beziehe ich mich im wesentlichen auf Besprechungsunterlagen und Sitzungsprotokolle verschiedener Arbeitskreissitzungen und Referentenbesprechungen im Statistischen Bundesamt in den Jahren 1990 bis 1993. Dank möchte ich hier insbesondere Herrn Dr. Hoffmann vom Statistischen Bundesamt für die Erlaubnis zur Wiedergabe von Textpassagen seines WISTA-Artikels zur Jugendhilfestatistik sagen, die ich im folgenden Aufsatz nicht besonders gekennzeichnet habe.

1. Sozialhilfestatistik ab 1994

Die Sozialhilfestatistik hat seit Ende der siebziger Jahre erheblich an politischer und gesellschaftlicher Bedeutung gewonnen. Dies wird schon dadurch deutlich, daß sich seither die Zahl der Hilfeempfänger fast verdoppelt und die Sozialhilfeausgaben verdreifacht haben. Dieser rapide Anstieg ging einher mit einer deutlichen Verschiebung in der Struktur der Leistungsbezieher. So sind inzwischen Arbeitslose, Ausländer und allein-erziehende Frauen verstärkt auf laufende Hilfe zum Lebensunterhalt angewiesen, und für eine wachsende Zahl von Menschen übernimmt die Hilfe zur Pflege die finanzielle Absicherung bei Pflegebedürftigkeit. In der sozialpolitischen Diskussion werden diese Entwicklungen durch Begriffe wie "neue Armut", "Zweidrittel-Gesellschaft" und "Pflegerisiko" gekennzeichnet.

Die genannten Veränderungen führten in den letzten Jahren dazu, daß sich die Informationsbedürfnisse in Politik, Wissenschaft und Öffentlichkeit deutlich gewandelt haben. Verstärkt wurden neue Fragestellungen an die amtliche Sozialhilfestatistik herangetragen. Diese konnten mit dem seit Jahren unveränderten Erhebungsprogramm und auf der Basis der vorhandenen Rechtsgrundlage kaum oder gar nicht zufriedenstellend beantwortet werden. Die Folge hiervon waren Sondererhe-

bungen verschiedener Stellen außerhalb der amtlichen Statistik. Beispiele hierfür sind die von einer wachsenden Zahl von Städten veröffentlichten Sozial- und Armutsberichte.

Parallel hierzu nahm die Kritik an der Sozialhilfestatistik zu. Diskussionen in den zuständigen Fachgremien, aber auch kritische Anmerkungen in der Öffentlichkeit und in der Fachliteratur, machten deutlich, daß die Sozialhilfestatistik z. T. erhebliche inhaltliche und methodische Defizite aufweist. Diese sind, hierüber bestand Übereinstimmung, nur durch eine grundlegende Umgestaltung und Ausweitung der Erhebung auszuräumen. Dabei war offensichtlich, daß eine Verbesserung der amtlichen Sozialhilfestatistik, die den politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen Rechnung trägt, ohne zusätzliche Kosten kaum realisierbar ist. Dieser Mehraufwand stellt eine notwendige "Investition" in eine verbesserte Datenlage dar, ohne die sozialpolitische Planungen und Maßnahmen nicht effizient durchführbar sind.

Ab dem 1. Januar 1994 gilt für die Sozialhilfestatistik eine neue Rechtsgrundlage. Die entsprechenden gesetzlichen Vorschriften sind im "Gesetz zur Umsetzung des Föderalen Konsolidierungsprogramms "FKPG" vom 23. Juni 1993 (BGBl. I S. 944 ff) enthalten.

Mit der gesetzlichen Neuregelung der Sozialhilfestatistik sollen die inhaltlichen Unzulänglichkeiten der bisherigen Erhebung ausgeräumt und eine aktuellere Ergebnissbereitstellung ermöglicht werden.

Wie schon bisher besteht das Berichtssystem im Bereich der Sozialhilfe aus einer **Statistik der Ausgaben und Einnahmen** und einer **Statistik der Empfänger**. Die reformierte Empfängerstatistik untergliedert sich wiederum in drei inhaltlich getrennte Teilerhebungen, die jeweils nach einem eigenen Erhebungsverfahren und für unterschiedliche Berichtszeiträume bzw. -punkte durchzuführen sind. Dabei handelt es sich um die Erhebungen über die

- Empfänger laufender Hilfe zum Lebensunterhalt,
- Kurzzeitempfänger laufender Hilfe zum Lebensunterhalt,
- Empfänger von Hilfe in besonderen Lebenslagen.

1.1 Statistik der Empfänger nach dem BSHG

Bislang wurden in der Empfängerstatistik alle Personen erfaßt, die irgendwann im Laufe des Berichtsjahres Sozialhilfe erhalten haben, mit Ausnahme der Empfänger ausschließlich einmaliger Hilfen zum Lebensunterhalt. Die Meldungen der Auskunftspflichtigen an die Statistischen Landesämter (StLÄ) konnten frühestens nach

Ablauf des Berichtsjahres erfolgen, da auch der Bestand der Sozialhilfeempfänger am Jahresende mitgeteilt werden muß. Die Folge dieses Verfahrens war eine zeitliche Ballung des Arbeitsaufwandes in den Sozialämtern und den StLÄ und eine daraus resultierende Verzögerung der statistischen Berichterstattung. Die Kumulierung der Meldungen am Jahresanfang (im alten Bundesgebiet 1990 ca. 2,6 Mio. Fälle) und deren notwendigerweise übers Jahr diskontinuierliche Bearbeitung führten letztlich dazu, daß die Bundesergebnisse der Empfängerstatistik erst rund 15-18 Monate nach Ablauf des Berichtsjahres veröffentlicht werden konnten. Alle Bemühungen zur beschleunigten Abwicklung der Arbeiten blieben verständlicherweise erfolglos. Nur Berichtsstellen, die eine maschinelle Datenverarbeitung vornehmen, waren in der Lage, Ergebnisse in kurzer Zeit zu liefern.

Neben der fehlenden Aktualität wurden bei der Erfassung der Bezieher laufender Hilfe zum Lebensunterhalt folgende Defizite beklagt:

- Die kumulierte Ausweisung von Bestand und Zugängen in einer Jahresgesamtzahl ist methodisch unbefriedigend; es fehlen jahresdurchschnittliche Bestandszahlen.
- Die Statistik liefert keine unterjährigen (monatlichen, vierteljährlichen) Ergebnisse, die Aussagen über die kurzfristige Entwicklung zulassen.
- Es sind z.Zt. keine Angaben über die Dauer, die Art und die Höhe des Leistungsbezugs nach Personen- und Haushaltsgruppen möglich.
- Die Erfassung der Hauptursache der Hilfestellung ist in der derzeitigen Form sowohl methodisch als auch inhaltlich unbefriedigend.
- Der sozio-ökonomische Hintergrund (Schul- und Berufsausbildung, Erwerbsstatus, Art und Höhe des Haushaltseinkommens) sowie die familiäre Situation der Hilfeempfänger werden nicht oder nur rudimentär in die Erhebung einbezogen.
- Die Zusammenhänge zwischen Arbeitslosigkeit und Sozialhilfe werden unzureichend ermittelt.
- Über bestimmte Personengruppen, wie z.B. Asylbewerber und Aussiedler, liegen keine Informationen vor.
- Aus der Statistik geht nicht hervor, inwieweit die Sozialhilfeleistungen den Charakter von Vorleistungen haben.
- Der Nachweis von Empfängerhaushalten ist nur beschränkt möglich; es fehlen Vergleichsdaten zu

anderen Statistiken und die Ableitung exakter Bevölkerungs- und Haushaltsrelationen.

- Regionale Vergleiche sind nur in eingeschränktem Maße durchführbar.
- Die Ursachen und die Hintergründe der Einstellung der Leistungsgewährung werden nicht erfragt.

Auch die Erhebung über die Empfänger von Hilfe in besonderen Lebenslagen weist verschiedene Mängel auf. Insbesondere wird kritisiert, daß

- bei der Hilfe zur Pflege nicht nach dem Grad der Pflegebedürftigkeit unterschieden wird und
- Informationen über die Dauer der Inanspruchnahme von Hilfe zur Pflege und Eingliederungshilfe nicht bereitgestellt werden können.

Eine Reform der Empfängerstatistik mußte in erster Linie bei der statistischen Erfassung der Bezieher laufender Hilfe zum Lebensunterhalt ansetzen, denn

- 3/4 aller Sozialhilfeempfänger erhalten laufende Hilfe zum Lebensunterhalt. Hierfür wird von den Sozialhilfeempfängern rund 1/3 der Ausgaben aufgewendet.
- die Bezieher laufender Hilfe zum Lebensunterhalt stehen im Mittelpunkt der Armutsdiskussion.

Es war ratsam, das Frageprogramm konzeptionell und inhaltlich aufzuteilen und für die Empfänger von Hilfe in besonderen Lebenslagen einen gesonderten Erhebungsvordruck vorzusehen. Durch eine getrennte Nachweisung der beiden Empfängergruppen - Bezieher von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt und Empfänger von Hilfe in besonderen Lebenslagen - konnte zudem vermieden werden, daß bei der Darstellung der Ergebnisse Globalzahlen im Mittelpunkt stehen, in denen Angaben über die Empfänger völlig unterschiedlicher Hilfen zusammengefaßt sind.

Die konzeptionellen Vorüberlegungen zur Statistik der Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt hatten deutlich gemacht, daß ein Abbau der oben genannten Defizite nur durch eine Änderung des Berichtssystems möglich ist. Insbesondere die dringend erwünschte größere Aktualität der Ergebnisse erforderte ein neues Erhebungsverfahren, das systembedingte Mängel von vornherein ausschließt, praktisch einfach umzusetzen ist und möglichst nur zu einer geringen Mehrbelastung der Berichtsstellen und der Statistischen Landesämter führt.

Im Vorfeld wurde daher zunächst geprüft, ob die Sozialhilfeempfängerstatistik von einem manuellen (Aus-

füllen von Fragebogen) auf ein vollmaschinelles, EDV-gestütztes Erhebungsverfahren umgestellt werden kann. Umfragen vor Ort und Gespräche mit Fachexperten führten zu dem Ergebnis, daß dies für Sozialämter, die über eine entsprechende EDV-Ausstattung und geeignete Software, z. B. PROSOZ, verfügen, ohne größere Umstellungsprobleme realisierbar wäre. Allerdings wurde auch deutlich, daß die EDV-Ausrüstung der Berichtsstellen sehr heterogen ist und in vielen Fällen die Antragsbearbeitung noch rein manuell abläuft. Zudem ist in den nächsten Jahren nicht mit einer hinreichenden flächendeckenden Versorgung der Sozialhilfeträger mit geeigneter Hard- und Software zu rechnen.

Das nachfolgend dargestellte Reformkonzept trägt diesen Umständen Rechnung, indem es grundsätzlich auf eine Datenlieferung mittels manuell auszufüllender Fragebogen abstellt. Es ist allerdings so angelegt, daß die Auskunftspflichtigen bei Vorhandensein einer geeigneten EDV-Ausstattung ihre Daten gegebenenfalls auch auf maschinell lesbaren Datenträgern dem Statistischen Landesamt zuleiten können. Darüber hinaus besteht die Option, in einer späteren Phase, in der alle Berichtsstellen über entsprechende technische Voraussetzungen verfügen, auf ein vollmaschinelles Verfahren umzusteigen.

1.1.1 Empfänger laufender Hilfe zum Lebensunterhalt

Um das Hauptziel einer frühzeitigen Verfügbarkeit von Daten über Sozialhilfeempfänger zu erreichen, wurde das bisherige Meldeverfahren geändert. Bei der Erfassung der Bezieher laufender Hilfe zum Lebensunterhalt wird eine vierteljährliche Zugangs- und Abgangsstatistik ergänzt um eine jährliche Bestandserhebung zum Jahresende eingeführt. An die Stelle der jetzigen Meldung einer Jahresgesamtzahl für das abgelaufene Berichtsjahr, die sowohl die Zugänge als auch den Jahresanfangsbestand umfaßt, tritt dann eine laufende Berichterstattung über die Zu- und Abgänge, mit deren Hilfe eine maschinelle Fortschreibung des Anfangsbestandes vorgenommen wird. Dieses Verfahren ermöglicht es, fortgeschriebene, "vorläufige" Vierteljahres- und Jahresergebnisse zu ermitteln, die bereits ca. 3 Monate nach Ablauf des Quartals bzw. Berichtsjahres zur Verfügung stehen. Ein vorläufiges, die wichtigsten Daten umfassendes Jahresergebnis könnte bei diesem Verfahren u. U. rund ein Jahr früher vorliegen als heute.

Neben den Zu- und Abgängen wird, wie bisher auch, der Bestand am Jahresende ermittelt. Er dient als Nachweis der endgültigen Ergebnisse und ermöglicht einen jährlichen Vergleich mit den fortgeschriebenen, vorläufigen Daten. Je besser das Meldesystem der Zu- und Abgänge funktioniert, um so exakter stimmen die vorläufigen Zahlen mit den später veröffentlichten Endergebnissen überein. Darüber hinaus liefert der Jahresendbestand

jeweils die aktuelle Basis für die Fortschreibung. Auch werden Änderungen hinsichtlich der personellen Merkmale und der materiellen Situation der Hilfeempfänger mit Hilfe der Bestandserhebung zeitnah erfaßt. Auf einen fortlaufenden Änderungsdienst, der sehr arbeits- und kostenaufwendig wäre, kann daher verzichtet werden. Nicht zuletzt ist durch die gesonderte Meldung des Bestandes am Jahresende methodisch sichergestellt, daß alle bisher in der Empfängerstatistik enthaltenen Informationen auch in Zukunft bei Bedarf zur Verfügung stehen.

Das neue Erhebungsverfahren wird es ermöglichen, mit vertretbarem Mehraufwand eine wesentlich aktuellere und informativere Statistik der Empfänger laufender Hilfe zum Lebensunterhalt aufzubauen, die zudem die Option bietet, ergänzend eine vierteljährliche und jährliche Zu- und Abgangstatistik zu erhalten und auszuwerten.

Bei einer Umstellung des Erhebungsverfahrens in der soeben skizzierten Weise werden zur Erfassung der Empfänger laufender Hilfe zum Lebensunterhalt drei Erhebungsvordrucke verwendet:

- ein Bogen zur fortlaufenden Meldung der Zugänge im Berichtsjahr (sog. "Zugangsbogen" mit der Überschrift "Beginn der Hilfe");
- ein Vordruck zur fortlaufenden Meldung der Abgänge im Berichtsjahr (sog. "Abgangsbogen" mit der Überschrift "Ende der Hilfe");
- ein Bogen für die Erfassung der Hilfeempfänger am 31.12. des Berichtsjahres (sog. "Bestandsbogen").

Für sämtliche zu einer Bedarfsgemeinschaft gehörenden Personen ist jeweils ein gemeinsamer Erhebungsvordruck auszufüllen:

- der Zugangsbogen, wenn einer Bedarfsgemeinschaft erstmalig im Berichtsjahr oder nach einer vorangegangenen Unterbrechung erneut laufende Hilfe zum Lebensunterhalt gewährt wird. Dieser Vordruck ist mit demjenigen identisch, der bei Einführung der neuen Erhebungsmethode zur einmaligen Erfassung des Anfangsbestandes als Ausgangsbasis für die Fortschreibung verwendet wurde.
- der Abgangsbogen,
 - wenn die Hilfe - auch wegen eines Wohnortwechsels - eingestellt wird oder
 - wenn sich die personelle Zusammensetzung der Bedarfsgemeinschaft geändert hat. In diesem Fall muß für die "neue" Bedarfsgemein-

schaft gleichzeitig ein Zugangsbogen ausgefüllt werden.

- der Bestandsbogen, wenn die Bedarfsgemeinschaft am 31.12. des Berichtsjahres laufende Hilfe zum Lebensunterhalt bezieht.

Die genannten Vordrucke sind so ausgestaltet, daß die Vorderseiten inhaltlich deckungsgleich sind. So ist sichergestellt, daß die bei Beginn der Hilfe bzw. bei der Erfassung des Anfangsbestandes von den Auskunftspflichtigen anzugebenden Tatbestände auf den Abgangsbogen durchgeschrieben werden können. Ebenfalls lassen sich auf diese Weise die relevanten Merkmale der Bestandserhebung mit den Zu- und Abgangsmeldungen fortschreiben.

Inhaltlich unterscheiden sich Zugangs- und Bestandsbogen gemäß den vorliegenden Entwürfen von dem bisher verwendeten Fragebogen wie folgt:

- Um differenziertere Regionalauswertungen zu ermöglichen, wird erstmals der Wohnort der Bedarfsgemeinschaft erfaßt.
- Die Antwortvorgaben bezüglich der "Stellung zum Haushaltsvorstand" werden um die Rubrik "Verwandte(r) und Verschwägte(r)" ergänzt.
- Bei dem Merkmal "Personengruppe" sind zusätzlich die Ausprägungen "Aussiedler(in)", "EG-Ausländer(in)", "Asylberechtigte(r)", "Geduldete(r) Ausländer(in)" und "Sonstige(r) Ausländer(in)" vorgesehen. Somit können erstmalig in der laufenden Erhebung detaillierte Informationen über die Empfänger laufender Hilfe zum Lebensunterhalt in den genannten Personengruppen bereitgestellt werden.
- Die Angaben zur "Art der gewährten Mehrbedarfzuschläge" liefern einen Überblick über die Art, Zahl und z. T. auch Höhe dieser Hilfen. Darüber hinaus fallen indirekt auch noch Angaben über die jeweils begünstigten Personenkreise (z. B. Alleinerziehende, Behinderte) an, die in Kombination mit anderen Merkmalen für Auswertungszwecke genutzt werden können.
- Die Einbeziehung der personenbezogenen Erhebungsmerkmale "Höchster allgemeinbildender Schulabschluß", "Höchster Berufsabschluß" und "Erwerbsstatus" für die 15 - 65jährigen Hilfeempfänger schafft die Möglichkeit, künftig die Entwicklung der laufenden Hilfe zum Lebensunterhalt unter Berücksichtigung des sozio-ökonomischen Hintergrunds der Leistungsbezieher zu analysieren. Zudem werden wichtige Basisinformationen für die Sozialplanung, z. B. für die Vorbereitung von Maß-

nahmen der "Hilfe zur Arbeit", zur Verfügung stehen.

Die Auswahl der jeweiligen Merkmalsausprägungen ist im übrigen angelehnt an die sogenannte Standarddemographie, um einen Vergleich der Daten mit anderen Erhebungen zu erleichtern.

- Zur besseren Durchdringung der Zusammenhänge zwischen Arbeitslosigkeit und Sozialhilfebezug wird bei arbeitslos gemeldeten Hilfeempfängern zusätzlich zum Erwerbsstatus erfragt, seit wann sie arbeitslos gemeldet sind.
- Um Angaben über die Dauer des aktuellen Hilfebezugs in der gegenwärtigen Zusammensetzung der Bedarfsgemeinschaft machen zu können, wird der Beginn der Hilfe abgefragt. Da die Bedarfsgemeinschaft in anderer Zusammensetzung möglicherweise auch schon länger laufende Hilfe zum Lebensunterhalt erhält, wird zusätzlich erfragt, seit wann mindestens ein Mitglied der Bedarfsgemeinschaft ununterbrochen die Hilfe in Anspruch nimmt.

Mit Hilfe dieses Merkmals kann darüber hinaus die Zahl der Zugänge um die "unechten" Fälle bereinigt werden, die dadurch entstehen, daß bei Änderungen in der Zusammensetzung der Bedarfsgemeinschaft und bei Wohnortwechseln mit fortdauerndem Hilfebezug methodisch bedingt eine Zu- und Abgangsmeldung erfolgen muß.

- Es ist vorgesehen, für die gesamte Bedarfsgemeinschaft den Bruttobedarf, die (wohngeldrechtlich) anerkannte Bruttokaltmiete und den Nettoanspruch an laufender Hilfe zum Lebensunterhalt für den jeweiligen Berichtsmonat zu ermitteln. Mit Hilfe dieser Informationen sind auch Aussagen über die Höhe des angerechneten Einkommens möglich.

Die Empfängerstatistik enthält somit künftig auch betragsmäßige Angaben über die Inanspruchnahme von Leistungen. Zugleich wird über die Erfassung der Miete eine Verbindung zur Statistik des pauschalierten Wohngeldes hergestellt, die ergänzende Informationen zur Wohnsituation von Sozialhilfeempfängern liefert.

- Die Frage nach der "Besonderen familiären Situation bei der Hilfgewährung" tritt (zusammen mit dem Merkmal "Erwerbsstatus") an die Stelle der bisher erfaßten "Hauptursache der Hilfgewährung". Dies ist notwendig, da zum einen die Zuordnung einer Hauptursache bei komplexen Problemlagen der Bedarfsgemeinschaften oft mit Schwierigkeiten verbunden ist. Zum anderen werden in dem derzeitigen Ursachenkatalog auf unterschiedlichen Ebenen angesiedelte Fragestellungen mit-

einander vermischt (finanzielle Situation vs. Lebenslage; personenbezogene vs. bedarfsgemeinschaftsbezogene Angaben), was unvermeidlich zu Unklarheiten und Überschneidungen führt. Zudem sollte die Fragestellung so formuliert sein, daß der Auskunftgebende lediglich ihm bekannte Fakten angeben muß und nicht zu subjektiven Urteilen über die mutmaßlichen Hintergründe des Sozialhilfebezugs gezwungen ist.

Bei einer kombinierten Auswertung der getrennt erhobenen Daten über die familiäre Situation, den Erwerbsstatus und das Einkommen stehen künftig Informationen zur Verfügung, die über die bisherige Angabe zur "Hauptursache" weit hinausgehen. Damit sind künftig vertiefte Analysen der spezifischen Problemlagen bestimmter Personengruppen und Haushaltstypen möglich.

- Erstmals soll erfragt werden, ob die laufende Hilfe zum Lebensunterhalt voraussichtlich nur als Vorleistung gewährt wird. Diese Information erlaubt Aussagen über Betroffene, die zwar statistisch als Sozialhilfeempfänger erfaßt werden, jedoch nur temporär und im Vorgriff auf andere Leistungen auf laufende Hilfe zum Lebensunterhalt angewiesen sind und somit im Grunde genommen keine "echten" Sozialhilfeempfänger darstellen. In Verbindung mit der Angabe "Arbeitslos gemeldet - ohne AFG-Leistungen" beim Erwerbsstatus kann insbesondere festgestellt werden, in welchen Fällen die Sozialhilfeträger für die Arbeitslosenversicherung in Vorleistung treten. Außerdem wird es möglich, in Verbindung mit den Angaben über die Höhe der gewährten Hilfe Aussagen über die effektive finanzielle Belastung der Träger der Sozialhilfe zu machen.
- Sofern möglich, soll die Zahl aller Haushaltsmitglieder einschließlich derjenigen, die nicht Empfänger laufender Hilfe zum Lebensunterhalt sind, angegeben werden. Diese Information erlaubt weitergehende Auswertungen des Datenmaterials durch Einbeziehung anderer Statistiken (z. B. der EVS, der Bevölkerungsstatistik).
- Die Liste der Merkmalsausprägungen beim angerechneten bzw. in Anspruch genommenen Einkommen und den übergegangenen Ansprüchen wird modifiziert. Erstmals vorgesehen ist die Angabe der Haupteinkommensart. In Verbindung mit den Daten über den Leistungsumfang können auch Informationen darüber gewonnen werden, in welchem Ausmaß die Hilfeempfänger tatsächlich von der Hilfe zum Lebensunterhalt abhängig sind und welche Einkommensarten besonders zur Bestreitung des Lebensunterhaltes beitragen.

Auf dem neu einzuführenden Abgangsbogen ist bei Beendigung der Hilfestellung anzugeben,

- ob und, wenn ja, wann sich die Zusammensetzung der Bedarfsgemeinschaft geändert hat;
- ob und, wenn ja, wann die Gewährung laufender Hilfe zum Lebensunterhalt völlig eingestellt wurde;
- welches die Ursache der Einstellung der Leistungsgewährung ist;
- ob in dem Fall, daß diese Ursache die Erst- oder Wiederaufnahme der Berufstätigkeit ist, die Aufnahme der Berufstätigkeit im Vorfeld z. B. durch "Hilfe zur Arbeit" gefördert wurde.

Die vorgeschlagene Einführung eines Abgangsbogens führt dazu, daß in der amtlichen Statistik erstmalig Informationen über die Abgänge aus der laufenden Hilfe zum Lebensunterhalt vorliegen. Darüber hinaus können die durchgeschriebenen Daten, die den "Zustand" der Bedarfsgemeinschaft zu Beginn der Hilfe dokumentieren, für Auswertungszwecke mit den Angaben, die bei Beendigung der Hilfe anfallen, kombiniert werden. So ist es beispielsweise möglich, bei allen beendeten Fällen die Dauer des Hilfebezuges zu berechnen. Entsprechendes gilt für die Hilfeempfänger im Bestand, für die ebenfalls die Dauer der bisherigen Hilfestellung abgeleitet werden kann.

1.1.2 Kurzzeitempfänger laufender Hilfe zum Lebensunterhalt

Leistungsempfänger, denen laufende Hilfe zum Lebensunterhalt (HLU) nach Tages- oder Wochensätzen ausbezahlt wird, konnten bisher wegen der zeitraumbezogenen Erhebungsmethode nicht in die Empfängerstatistik einbezogen werden. Angesichts der wachsenden Bedeutung dieser Gruppe von Bedürftigen, bei denen es sich insbesondere um alleinstehende Wohnungslose handelt, ist es unabdingbar, daß die amtliche Sozialhilfestatistik auch Informationen über deren Inanspruchnahme von Leistungen der Hilfe zum Lebensunterhalt bereitstellt.

Die entsprechenden Angaben über den Bestand der HLU-Bezieher, denen die Hilfe für weniger als einen Monat gewährt wurde, werden mittels eines einfachen Sammelbeleges jeweils zum Quartalsende erhoben. Der auf die wesentlichen Angaben reduzierte Merkmalskatalog berücksichtigt dabei die eingeschränkte Verfügbarkeit von Daten in den Sozialämtern.

1.1.3 Empfänger von Hilfe in besonderen Lebenslagen

Bei der statistischen Erfassung der Sozialhilfeempfänger, die Hilfe in besonderen Lebenslagen (HbL) erhalten,

wird das bisherige Erhebungsverfahren im Grundsatz beibehalten. Verbesserungen sind jedoch bei den sozio-demographischen Angaben sowie insbesondere bei der Erfassung der Empfänger von Hilfe zur Pflege und der Eingliederungshilfe für Behinderte vorgesehen. Jeweils nach Ablauf des Berichtsjahres ist von den Berichtspflichtigen für jeden einzelnen Hilfeempfänger, der irgendwann im Laufe des Berichtsjahres eine der genannten Hilfen erhalten hat, ein Erhebungsvordruck auszufüllen und dem Statistischen Landesamt zuzuleiten. Hierbei empfiehlt es sich, den Bogen bereits im Laufe des Jahres anzulegen, d. h. zu dem Zeitpunkt, an dem einem Leistungsberechtigten erstmals im Berichtsjahr HbL gewährt wird. Werden dieser Person im selben Jahr weitere Hilfen in besonderen Lebenslagen gewährt, dann sind die Angaben hierüber sukzessive nachzutragen. Am Jahresende ist der Bogen dann zu vervollständigen und zur Statistik zu melden.

Von den bisher verwendeten Einzelzählblättern unterscheidet sich der Erhebungsvordruck in folgenden Punkten:

- Die Angaben zum Wohnort des Hilfeempfängers und zur Personengruppe, der er angehört, entsprechen denjenigen, die auch bei der Erfassung der Sozialhilfeempfänger, die laufende Hilfe zum Lebensunterhalt beziehen, abgefragt werden.
- Die Erhebung umfaßt neben den Angaben für das gesamte Berichtsjahr nun auch Stichtagsinformationen zum Jahresende für Hilfeempfänger in und außerhalb von Einrichtungen.
- Als Unterform der "Eingliederungshilfe für Behinderte" wird ergänzend die "Suchtcrankenhilfe" in das Erhebungsprogramm aufgenommen.
- Bei der Erfassung der Hilfe zur Pflege, der quantitativ bedeutendsten Hilfeart, wird zum einen nach dem Grad der Pflegebedürftigkeit, zum anderen nach der Unterbringungsart (teil- oder vollstationär) differenziert. Somit können über die pflegebedürftigen Sozialhilfeempfänger umfassendere und detailliertere Informationen als bisher bereitgestellt werden.
- Um bei den hinsichtlich der Zahl der Betroffenen und der Höhe der Ausgaben bedeutendsten Hilfen auch Informationen über die Dauer der Inanspruchnahme zur Verfügung stellen zu können, werden bei Empfängern von Hilfe zur Pflege und Eingliederungshilfe für Behinderte jeweils Beginn und Ende der Hilfestellung abgefragt. Mit diesen Angaben lassen sich dann im Wege der "Rück"-schreibung auch unterjährige Bestandsergebnisse ermitteln. Zudem kann auf diese Weise eine vierteljährliche und jährliche Zu- und Abgangstatistik

analog zur Statistik der Empfänger laufender Hilfe zum Lebensunterhalt aufgebaut werden. Insgesamt wird sich also die Datengrundlage für die beiden genannten Hilfen bedeutend verbessern.

1.2 Statistik der Ausgaben und Einnahmen nach dem BSHG

Die Kritik an der Statistik der Ausgaben und Einnahmen nach dem BSHG ist im Vergleich zur Empfängerstatistik weniger gravierend. Folgende Defizite wurden thematisiert:

- Angaben über die Einnahmen und damit auch die reinen Ausgaben je Hilfeart stehen nicht zur Verfügung.
- Die Erfassung des Aufwandes für die Hilfe zur Pflege ist zu undifferenziert.
- Die Aufwandsstatistik ist nicht eng genug mit der Empfängerstatistik verzahnt.
- Die Ergebnisse weichen z. T. von denen der Finanzstatistik ab.

Um die oben geschilderten Defizite der Aufwandsstatistik zu überwinden, werden die Erhebungsinhalte wie folgt geändert:

Die einzubeziehenden Hilfearten entsprechen denjenigen, die auch in der Empfängerstatistik erfaßt sind. Dadurch ist eine enge Verzahnung der beiden Erhebungen sichergestellt.

- Die Einnahmearten werden neu gegliedert und z. T. neu bezeichnet.
- Die Einnahmen und damit auch die reinen Ausgaben werden hilfeartenbezogen erfaßt, und zwar für die
 - Hilfe zum Lebensunterhalt;
 - Hilfe zur Pflege;
 - Eingliederungshilfe für Behinderte und speziell für Suchtkrankenhilfe;
 - Krankenhilfe, Hilfe bei Schwangerschaft oder bei Sterilisation, Hilfe zur Familienplanung und
 - alle sonstigen Hilfen in besonderen Lebenslagen.

Hierdurch ist es möglich, Informationen über die effektive Belastung der Sozialhilfeträger durch die einzelnen Hilfearten oder aber auch bezüglich der Eigenleistung der Hilfeempfänger bereitzustellen.

Die Meldungen zur Statistik werden zur Erleichterung der Berichtsstellen und Beschleunigung der Ergebnisbereitstellung in Zukunft vollmaschinell erfolgen. Damit die für die Aufwandsstatistik erforderlichen Informationen direkt den Haushaltsplänen und Sachbüchern entnommen werden können und nicht aus den Einzelnachweisen zusammengestellt werden müssen, wird die kommunale Haushaltssystematik entsprechend modifiziert. Im Gliederungsplan sollen im Abschnitt 41 (Sozialhilfe nach dem BSHG) die Unterabschnitte 410 (Sozialhilfe - örtlicher Träger) und 412 (Sozialhilfe - überörtlicher Träger) durch folgende Unterabschnitte auf der Ebene der 3-Steller ersetzt werden:

UA 410: Hilfe zum Lebensunterhalt

UA 411: Hilfe zur Pflege

UA 412: Eingliederungshilfe für Behinderte

UA 413: Krankenhilfe, Hilfe bei Schwangerschaft oder bei Sterilisation, Hilfe zur Familienplanung und

UA 414: Sonstige Hilfen in besonderen Lebenslagen.

Diese wiederum werden auf der Ebene der 4-Steller weiter nach den einzelnen Hilfearten differenziert. Für die statistische Meldung der Ausgaben sind die 3- und 4stelligen Unterabschnitte maßgeblich, für die Meldung der Einnahmen lediglich die 3stelligen Unterabschnitte.

Der Unterausschuß "Kommunale Finanzen" der Innenminister der Länder hat den Änderungen bereits zugestimmt. Die entsprechenden Erlasse wurden im saarländischen Innenministerium konzipiert, so daß die neue kommunale Haushaltssystematik ab 1995 verbindlich sein wird. In der Übergangsphase werden daher die neuen Erhebungsinhalte mit Hilfe des bisherigen Erhebungsverfahrens erfaßt, d. h. die für die Aufwandsstatistik notwendigen Informationen müssen aus den Einzelnachweisen zusammengestellt werden. Dies gilt grundsätzlich auch für die Auskunftspflichtigen, die ihre Ausgaben und Einnahmen nach der staatlichen Haushaltssystematik verbuchen.

Die neue Aufwandsstatistik bringt in erster Linie Erleichterungen für die nach der kommunalen Haushaltssystematik verbuchenden Stellen und beschleunigt insofern auch die Ergebnisbereitstellung. Darüber hinaus steigt mit den neuen Erhebungsinhalten der Informationswert dieser Statistik deutlich an. Beispielsweise können durch die hilfeartenbezogene Erfassung der Ausgaben und Einnahmen künftig Informationen über die "reinen" Ausgaben je Hilfeart bereitgestellt werden. Zum Aufwand für die Hilfe zur Pflege können ebenfalls differenzierte Daten zur Verfügung gestellt werden. Schließlich

ist durch das neue Erhebungskonzept eine enge Verzahnung mit der Empfängerstatistik sichergestellt.

Die reformierte Sozialhilfestatistik wird bei den auskunftgebenden Stellen zunächst zu einer gewissen Mehrbelastung führen. Gegenüber dem bisherigen Erhebungskonzept hat die neue Empfängerstatistik jedoch insgesamt eine Entzerrung des Arbeitsanfalls bei der Auskunftserteilung zur Folge, da ein Teil der Auskünfte schon während des Berichtsjahres erledigt werden kann. Bei der Aufwandsstatistik wird es dagegen im Zeitverlauf sogar zu einer erheblichen Entlastung kommen, da in den meisten Fällen die benötigten Informationen direkt den Haushaltsunterlagen entnommen werden können.

Schließlich soll darauf hingewiesen werden, daß bei der Neuregelung der Statistikvorschrift ausdrücklich auch die kommunalen Interessen als Datennutzer berücksichtigt wurden. Der neue § 132 Abs. 3 BSHG ermöglicht nunmehr ausdrücklich die Veröffentlichung von aggregierten Daten für einzelne Gemeinden, wobei selbstverständlich die strengen Geheimhaltungsvorschriften, die das Bundesstatistikgesetz zum Schutz der betroffenen Leistungsempfänger vorsieht, einzuhalten sind. Für ausschließlich statistische Zwecke dürfen darüber hinaus gem. § 133 BSHG den statistischen Ämtern der Kommunen auch Einzelangaben für deren Zuständigkeitsbereich übermittelt werden, sofern die entsprechenden Voraussetzungen hierfür erfüllt sind. Insofern dürften die Kommunen künftig verstärkt zu den Nutzern der Sozialhilfestatistik zählen, weswegen eine sorgfältige Auskunftserteilung auch in deren Interesse sein wird. Denn nur wenn alle daran Beteiligten ihren gesetzlich vorgeschriebenen Aufgaben gewissenhaft nachkommen, kann die Statistik die angestrebte Verbesserung der Datenqualität und Aktualität der Ergebnisse erreichen.

Sozialhilfeempfänger im Saarland 1980 - 1992

Jahr	Empfänger insgesamt	und zwar		darunter		Sozialhilfeempfänger je 1 000 Einwohner
		lfd. Hilfe zum Lebensunterhalt	Hilfe in bes. Lebenslagen	Krankenhilfe	Hilfe zur Pflege	
1980	40 424	26 632	18 986	6 048	9 117	37,9
1981	44 516	28 794	20 520	5 686	10 487	41,8
1982	45 998	31 435	20 034	5 714	9 918	43,2
1983	47 663	34 524	19 548	5 242	9 106	45,2
1984	49 925	35 879	20 273	5 457	8 921	47,5
1985	56 265	41 532	21 560	5 970	8 873	53,7
1986	62 768	47 545	23 701	7 611	9 206	60,1
1987	64 369	48 575	24 664	7 736	9 694	61,8
1988	66 610	50 021	25 615	8 076	10 041	63,2
1989	72 269	55 738	26 809	9 134	10 203	68,4
1990	72 253	56 419	28 037	10 934	9 955	67,5
1991	71 836	56 454	28 777	12 187	9 679	66,8
1992	79 500	63 300	30 400			73,3

Zusammenfassende Übersicht
Bruttoausgaben der Sozialhilfe im Saarland
1980 bis 1992

Jahr	Ins-gesamt	davon				Sozial-hilfe-be-lastung je Ein-wohner ²
		Hilfe zum Lebens-unterhalt	darunter		darunter	
			in Ein-richtungen	Hilfe in be-sonderen Lebens-lagen ¹⁾		
		1 000 DM				DM
1980	232 023,9	91 114,9	20 743,0	140 909,0	109 520,1	217,29
1981	255 444,3	101 826,6	22 051,2	153 617,7	121 108,2	239,93
1982	278 987,3	116 396,5	23 227,8	162 590,8	134 726,7	263,08
1983	296 307,3	131 534,0	25 949,3	164 773,3	137 983,9	281,05
1984	332 966,7	149 147,3	25 954,8	183 819,4	156 619,0	316,63
1985	371 922,2	176 447,7	25 325,5	195 474,5	166 961,2	354,78
1986	403 820,4	198 387,7	24 760,8	205 432,7	173 828,2	386,86
1987	430 007,4	210 955,3	25 394,9	219 052,1	184 563,6	407,34
1988	448 106,3	235 608,8	25 233,6	212 497,5	173 724,5	425,51
1989	486 922,1	255 218,7	26 266,5	231 703,4	189 268,4	460,68
1990	530 378,7	284 136,4	34 002,5	246 242,3	199 634,3	495,55
1991	566 611,7	297 219,5	36 674,9	269 392,2	225 996,3	527,24
1992	698 454,4	332 442,1	42 507,2	366 012,3	320 721,6	646,91

1) einschl. TB-Hilfe. Ab 1988 entfallen die Ausgaben für die Tuberkulosehilfe. - 2) Bevölkerungsstand: Durchschnitt des Jahres.

2. Asylbewerberleistungsstatistik ab 1994

Aufgrund des "Gesetzes zur Neuregelung der Leistungen an Asylbewerber" vom 30. Juni 1993 (BGBl. I S. 1074 ff) wird ab dem 1. Januar 1994 eine eigenständige Asylbewerberleistungsstatistik angeordnet.

Die Einführung der Asylbewerberleistungsstatistik war notwendig geworden, da die Leistungsberechtigten nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) künftig keinen Anspruch mehr auf Sozialhilfe haben werden, sondern Leistungen nach dem AsylbLG erhalten. Deswegen können sie nicht mehr wie früher in die Sozialhilfestatistik einbezogen werden. Mit der Einführung der Asylbewerberleistungsstatistik soll sichergestellt werden, daß für politische Entscheidungen sowie für Zwecke der Planung und der Fortentwicklung des Asylrechts künftig Daten zur Verfügung stehen.

Die Asylbewerberleistungsstatistik untergliedert sich in drei Teilerhebungen, die jeweils nach einem eigenen Erhebungsverfahren und für unterschiedliche Berichtszeiträume bzw. -punkte durchzuführen sind. Dabei handelt es sich um die Erhebungen über die

- Empfänger von Regelleistungen
- Empfänger von ausschließlich besonderen Leistungen
- Ausgaben und Einnahmen

2.1 Empfänger von Regelleistungen

2.1.1 Einmalige Bestandserhebung zum 1.1.1994

Ausgangspunkt der neuen Statistik ist die zum Stichtag 1.1.1994 durchzuführende einmalige Erfassung der

Personen, die zu Beginn des Jahres 1994 "Regelleistungen" nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) erhalten. Unter Regelleistungen sind hier die beiden folgenden Leistungsarten zu verstehen:

— Grundleistungen

Die Grundleistungen sind in § 3 AsylbLG geregelt und sollen den Lebensunterhalt der Leistungsberechtigten (Ernährung, Unterkunft, Heizung, Kleidung, Gesundheits- und Körperpflege sowie Gebrauchs- und Verbrauchsgüter) im notwendigen Umfang durch Sachleistungen decken. In besonderen Fällen können anstelle von Sachleistungen auch Wertgutscheine oder Geldleistungen erbracht werden. Zur Deckung der persönlichen Bedürfnisse des täglichen Lebens erhalten die Leistungsempfänger zusätzlich einen monatlichen Geldbetrag (Taschengeld).

— Laufende Hilfe zum Lebensunterhalt

In besonderen Fällen werden den Leistungsberechtigten gem. § 2 AsylbLG anstelle der vorgenannten Grundleistungen entsprechende Leistungen des Bundessozialhilfegesetzes (BSHG) gewährt. Zur Deckung des täglichen Bedarfs kommt hier in erster Linie die laufende Hilfe zum Lebensunterhalt (HLU) in Frage.

2.1.2 Laufende Meldung der Zu- und Abgänge, Fortschreibung

Ab dem 1.1.1994 werden dann kontinuierlich alle Zu- und Abgänge der Leistungsempfänger erfaßt und vierteljährlich zur Statistik gemeldet, die Regelleistungen nach dem AsylbLG erhalten bzw. erhalten haben.

Ein Zugang liegt dann vor, wenn eine Einzelperson bzw. ein Haushalt erstmals im Berichtsjahr oder nach einer vorangegangenen Unterbrechung erneut Regelleistungen nach dem AsylbLG erhält. In diesen Fällen ist ein Zugangsbogen auszufüllen und an das Statistische Landesamt weiterzuleiten. Der Zugangsbogen ist weitgehend mit demjenigen identisch, der bei der Erfassung des Anfangsbestandes zum 1.1.1994 verwendet wird, d. h. auch hier werden die Eintragungen auf den dahinterliegenden Abgangsbogen durchgeschrieben. Auch in diesem Fall verbleibt der Abgangsbogen vorerst bei der Berichtsstelle und soll in der Akte aufbewahrt werden.

Ein Abgang liegt dann vor, wenn für die betreffende Einzelperson bzw. für den gesamten Haushalt

- die Hilfestellung durch den gegenwärtigen Träger eingestellt wird (z. B. wegen eines Wohnortwechsels oder aufgrund Anerkennung, Ausreise, Abschiebung),

- anstelle der Grundleistungen (gem. § 3 AsylbLG) laufende Hilfe zum Lebensunterhalt (gem. § 2 AsylbLG) gewährt wird.

Bei der Meldung des Abgangs ist in den vorgenannten Fällen jeweils der Abgangsbogen zu verwenden, der sich bereits in der Akte der Berichtsstelle befindet. Dieser enthält auf der Vorderseite die durchgeschriebenen Eintragungen der vorangegangenen Zugangs- bzw. Bestandsmeldung desselben Falles. Somit ist lediglich die Rückseite auszufüllen und ggf. auf der Vorderseite des Abgangsbogens die Angabe zum Erwerbsstatus zu ergänzen. Der Abgangsbogen wird dann an das Statistische Landesamt weitergeleitet.

Mit Hilfe der fallspezifischen Kennnummer und den Angaben über die Zu- und Abgänge wird dann im Statistischen Landesamt eine maschinelle Fortschreibung des Anfangsbestandes vorgenommen. Dieses Fortschreibungsverfahren ermöglicht es, aufbauend auf den Quartalsmeldungen der Zu- und Abgänge vorläufige, unterjährige Bestandszahlen zu ermitteln, ohne die Berichtsstellen zusätzlich durch vierteljährliche Bestandsmeldungen zu belasten.

2.1.3 Erhebung des Jahresendbestandes

Zum Jahresende (erstmal am 31.12.1994) erfolgt die Erhebung des Jahresendbestandes. Er dient zum Nachweis des endgültigen Ergebnisses. Darüber hinaus liefert der Jahresendbestand jeweils die aktuelle Basis für die Fortschreibung im darauffolgenden Berichtsjahr.

Bei der Erfassung des Jahresendbestandes ist für jede Einzelperson bzw. jeden Haushalt, die/der über das Jahresende hinaus Regelleistungen nach dem AsylbLG bezieht, ein Bestandsbogen auszufüllen und an das Statistische Landesamt zu übermitteln. Dieser Bestandsbogen zum Jahresende enthält - gegenüber den bisher vorgestellten Vordrucken - einige zusätzliche Fragen, und zwar insbesondere zu den sonstigen gewährten Hilfen. Der entsprechende Erhebungsvordruck ist wiederum als Durchschreibeformular konzipiert und enthält dahinterliegend einen eigenen Abgangsbogen. Der bisher in der Akte befindliche Abgangsbogen ist deshalb zu vernichten und wird durch das neue Exemplar ersetzt.

2.2 Empfänger von ausschließlich besonderen Leistungen

Neben den Regelleistungen erhalten die Leistungsberechtigten bei Bedarf besondere Leistungen. Unter den besonderen Leistungen sind hier die beiden folgenden Leistungsarten zu verstehen:

- Andere Leistungen gem. § 4 bis 6 AsylbLG. Hierbei handelt es sich um Leistungen, die ggf. zusätzlich

zu den Grundleistungen gem. § 3 AsylbLG gewährt werden, und zwar

- Leistungen bei Krankheit, Schwangerschaft und Geburt (§ 4 AsylbLG);
 - Bereitstellung von Arbeitsgelegenheiten (§ 5 AsylbLG);
 - Sonstige Leistungen (§ 6 AsylbLG).
- Hilfe in besonderen Lebenslagen. In besonderen Fällen wird den Leistungsberechtigten gem. § 2 AsylbLG anstelle der vorgenannten anderen Leistungen Hilfe in besonderen Lebenslagen entsprechend dem BSHG gewährt, z. B. in Form von Krankenhilfe, Hilfe zur Pflege, Hilfe für werdende Mütter und Wöchnerinnen.

Entsprechend den Vorschriften des AsylbLG sind die Berichtsstellen auch verpflichtet, für das abgelaufene Berichtsjahr (erstmalig für 1994) Angaben über die Gewährung der vorgenannten besonderen Leistungen zu machen. Hierbei sind zwei Vorgehensweisen zu unterscheiden:

- a) In der überwiegenden Zahl der Fälle erhalten die Leistungsberechtigten Regelleistungen und zusätzlich zu diesen eine oder mehrere der vorgenannten besonderen Leistungen. Sofern die Leistungsgewährung über das Jahresende hinaus andauert, werden - wie bereits erwähnt - in diesen Fällen die Angaben zu den gewährten besonderen Leistungen im Zuge der Erhebung des Jahresendbestandes bei den Empfängern von Regelleistungen "automatisch" erhoben. Eine gesonderte Erfassung ist hier deshalb nicht erforderlich.
- b) Daneben gibt es jedoch noch eine kleinere Anzahl von Leistungsberechtigten, die zum Jahresende keine Regelleistungen erhalten bzw. diese dann nicht mehr erhalten, jedoch irgendwann im Laufe des Berichtsjahres besondere Leistungen erhalten haben. Für diese Fälle muß sichergestellt sein, daß am Ende des Berichtsjahres (erstmalig also Ende 1994) die erforderlichen Angaben über die während des Jahres erbrachten besonderen Leistungen gemacht werden können. Hierzu ist ein spezieller Bogen für "Empfänger von ausschließlich besonderen Leistungen" auszufüllen und nach Ablauf des Berichtsjahres dem Statistischen Landesamt zuzuleiten.

2.3 Statistik der Ausgaben und Einnahmen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz

Im Rahmen der neuen Statistik werden jährlich Angaben über die Ausgaben und Einnahmen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) für das jeweils

abgelaufene Kalenderjahr erhoben. Dabei sind die Ausgaben und Einnahmen untergliedert nach Art und Unterbringungsform zu melden.

Die Durchführung des AsylbLG wird ganz überwiegend von den Kommunen übernommen werden. Da in diesem Fall die meisten Berichtsstellen ihre Ausgaben und Einnahmen nach dem AsylbLG gemäß der kommunalen Haushaltssystematik verbuchen werden, wird eine enge Verzahnung dieser Haushaltssystematik und der Aufwandsstatistik angestrebt. Von besonderem Vorteil wäre es, wenn die für die Statistik benötigten Angaben direkt dem Haushaltsplan bzw. dem Sachbuch entnommen werden könnten. Eine arbeits- und zeitintensive Ermittlung der Daten aus einzelnen Rechnungsbelegen würde somit entfallen.

Zu diesem Zweck wird der Arbeitsgruppe "Kommunales Haushaltsrecht" demnächst folgender Vorschlag zur Änderung der kommunalen Haushaltssystematik vorgelegt:

Die Berücksichtigung des neuen Aufgabenbereichs "Durchführung des Asylbewerberleistungsgesetzes" soll im Gliederungsplan der kommunalen Haushaltssystematik im Abschnitt 42 erfolgen, in dem bisher einzelne Länder schon die Ausgaben für "Hilfen an Zugewanderte" verbuchen.

Für die Erfassung der Ausgaben sollten im Rahmen des Gruppierungsplans die beiden bereits bestehenden Gruppen 73 und 74 herangezogen werden. Diese müßten dann allerdings wie folgt neu bezeichnet werden:

Gr 73: Leistungen der Sozialhilfe und nach dem Asylbewerberleistungsgesetz an natürliche Personen außerhalb von Einrichtungen

Gr 74: Leistungen der Sozialhilfe und nach dem Asylbewerberleistungsgesetz an natürliche Personen in Einrichtungen

Bei den Einnahmen bieten sich Buchungsmöglichkeiten in den Gruppen 24 und 25 an. Im Zuge der Neustrukturierung der Sozialhilfestatistik sind für diese beiden Gruppen bereits Untergruppen gebildet worden, die auch eine korrekte Verbuchung und Erfassung der Einnahmen nach dem AsylbLG sicherstellen würden. Als Einnahmen nach dem AsylbLG kommen zumindest Kostenbeiträge gem. § 7 Abs. 1 Satz 2 AsylbLG sowie Erstattungen von Sozialleistungsträgern und Leistungen Unterhaltspflichtiger gem. § 9 Abs. 2 und 3 AsylbLG in Frage.

Die Angaben über die Ausgaben und Einnahmen nach dem AsylbLG sind erstmals für das Berichtsjahr 1994 zu melden. Selbst bei einer zügigen Modifikation der kommunalen Haushaltssystematik wird die konkrete Umset-

zung in den Haushaltsplänen der Kommunen wegen des notwendigen Vorlaufs nicht immer rechtzeitig erfolgen können. In der Übergangsphase müssen daher die für die Aufwandsstatistik notwendigen Informationen aus den Einzelnachweisen zusammengestellt werden. Dies gilt grundsätzlich auch für die Auskunftspflichtigen, die ihre Ausgaben und Einnahmen nach der staatlichen Haushaltssystematik verbuchen.

2.4 Erhebungsprogramm

Erhebungsmerkmale sind bei den Empfängern von Leistungen in besonderen Fällen sowie Grundleistungen Geschlecht, Geburtsmonat und -jahr, Staatsangehörigkeit, aufenthaltsrechtlicher Status, Stellung zum Haushaltsvorstand, Art und Form der Grundleistungen und Leistungen;

- für Haushalte und einzelne Leistungsempfänger: Wohngemeinde, Gemeindeteil, Art des Trägers, Art der Unterbringung, Beginn der Leistungsgewährung, Art und Höhe des eingesetzten Einkommens und Vermögens,
- bei Beginn der Leistungsgewährung zusätzlich: vorangegangene Leistung durch eine andere für die Durchführung dieses Gesetzes zuständige Stelle,
- bei Ende der Leistungsgewährung zusätzlich: Monat und Jahr der Beendigung der Leistungsgewährung, Grund der Einstellung der Leistungen, Beteiligung am Erwerbsleben,
- bei Erhebungen zum Jahresende zusätzlich: Art und Form anderer Leistungen nach diesem Gesetz im Laufe und am Ende des Berichtsjahres, Beteiligung am Erwerbsleben.

Zugangszahlen Asylbewerber 1980 - 1992

Jahr	Bund	Saarland ^{*)}
1980	107 818	.
1981	49 391	.
1982	37 423	.
1983	19 737	283
1984	35 278	622
1985	73 832	1 311
1986	99 650	1 797
1987	57 379	888
1988	103 076	1 823
1989	121 318	2 132
1990	193 063	3 301
1991	256 112	3 469
1992	438 191	6 291

^{*)} Dem Saarland durch den Beauftragten der Bundesregierung für die Verteilung gem. § 22 Abs. 3, bzw. § 50 Abs. 2 AsylVfG zugewiesene Asylbewerber. Quelle: Saarland Der Minister des Innern.

- bei den Erhebungen von ausschließlich anderen Leistungen werden folgende Merkmale für jeden Leistungsempfänger erhoben: Geschlecht, Geburtsmonat und -jahr, Staatsangehörigkeit, aufenthaltsrechtlicher Status, Art und Form der Lei-

stung, Stellung zum Haushaltsvorstand, Wohngemeinde, Art des Trägers, Art der Unterbringung.

- bei der Erhebung der Ausgaben und Einnahmen werden erfaßt: Art des Trägers, Ausgaben nach Art und Form der Leistungen sowie Unterbringungsform: Einnahmen nach Einnahmearten und Unterbringungsform.

3. Wohngeldstatistik ab 1991

Seit 1965 ist das Wohngeld einer der wichtigsten Bestandteile der Wohnungspolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Allgemeiner Zweck des Wohngeldes ist es, in Form eines Zuschusses zu den Aufwendungen für den Wohnraum allen Bundesbürgern ein angemessenes und familiengerechtes Wohnen zu ermöglichen. Sowohl für Mieter als auch für Eigentümer von Eigenheimen und Eigentumswohnungen besteht bei Vorliegen der entsprechenden Voraussetzungen ein Rechtsanspruch. Im erstgenannten Fall wird das Wohngeld in Form eines Mietzuschusses, im zweitgenannten Fall als Lastenzuschuß gewährt.

Seit 1965 wird über die Anträge und Entscheidungen nach den Wohngeldgesetzen sowie über die persönlichen und sachlichen Verhältnisse der Wohngeldempfänger eine Bundesstatistik durchgeführt. Als Sekundärstatistik beruht die Wohngeldstatistik auf den Daten der Bewilligungsstellen. Sie bildet die Grundlage für die Beurteilung der sozialen und finanziellen Auswirkungen des Wohngeldgesetzes sowie für Überlegungen über die Fortentwicklung und Anpassung des Wohngeldrechts.

3.1 Gesetzliche Grundlage

Nach dem Fünften Teil des Wohngeldgesetzes wird seit 1. April 1991 den Empfängern von Sozialhilfe und Kriegsofopferfürsorge ein pauschalisiertes Wohngeld gewährt. Die Höhe richtet sich nach einem für jedes Bundesland gesondert festgelegten Vmhundertsatz der sozialhilferechtlich anerkannten Aufwendungen für die Unterkunft. Diese Pauschale wird zugleich mit der Sozialhilfe/Kriegsofopferfürsorge gewährt. Ein gesonderter Wohngeldantrag ist nicht mehr erforderlich. Die Mieten- und Einkommensermittlung entfällt ebenso wie die verwaltungsaufwendige Erstattung von Leistungen durch die Wohngeldstelle an die Träger der Sozialhilfe/Kriegsofopferfürsorge.

Gemäß § 35 des Wohngeldgesetzes wird über die Auswirkungen dieses Gesetzes eine Bundesstatistik durchgeführt. Die neue Wohngeldstatistik basiert auf der Neufassung des Wohngeldgesetzes vom 8. Januar 1991 (BGBl. I S. 13). Der Fünfte Teil dieses Gesetzes regelt die Gewährung von Wohngeld für Empfänger von Leistungen der Sozialhilfe und Kriegsofopferfürsorge. Aus-

kunftspflichtig sind die für die Gewährung des Wohngeldes zuständigen Stellen.

3.2 Erhebungsverfahren

Die Verlagerung der Auskunftspflicht sowie die Verkürzung des Merkmalsprogramms machten eine gesonderte statistische Erfassung der pauschalierten Wohngeldfälle notwendig. Das Erhebungsverfahren sieht grundsätzlich eine laufende Erfassung der einzelnen Zugänge, Änderungen und Abgänge vor. Wie bei der bisherigen, sogenannten spitzen Wohngeldstatistik wird durch eine vierteljährliche Bestandsfortschreibung sichergestellt, daß zum Ende eines jeden Quartals aktualisierte Bestandsdaten vorliegen. Im Gegensatz zur spitzen Wohngeldberechnung sind bei den pauschalierten Wohngeldfällen die Abgangsmeldungen von besonderer Bedeutung, da das Ende dieser Bewilligungen im voraus nicht feststeht. Für die Meldung der Zu- und Abgänge sowie Änderungen wird ein einheitlicher Erhebungsbogen verwandt, der im Durchschreibeverfahren angelegt wird. Das Aktenexemplar, das bei der auskunftgebenden Stelle verbleibt, enthält die notwendigen Informationen (z. B. Wohngeldnummer) für die Folge-meldungen und kann zudem die Beantwortung von Rückfragen erleichtern.

3.3 Erhebungsprogramm

Erhebungsmerkmale sind:

1. Art des Antrags und der Entscheidung, Zahl der unerledigten Bearbeitungsfälle am Ende des Berichtszeitraumes; Betrag des im Berichtszeitraum gezahlten Wohngeldes;
2. Beginn und Ende des Bewilligungszeitraumes nach Monat und Jahr; Art und Höhe des monatlichen Wohngeldes;
3. Beteiligung des Wohngeldempfängers am Erwerbsleben und dessen Stellung im Beruf sowie Zahl der zum Haushalt rechnenden Familienmitglieder;
4. die bei der Berechnung des Wohngeldes zu berücksichtigenden Höchstbeträge für Miete und Belastung;
5. die Wohnverhältnisse der Wohngeldempfänger nach Ausstattung, Größe und Jahr der Bezugsfertigkeit der Wohnung, Höhe der monatlichen Miete oder Belastung, öffentlicher Förderung der Wohnung, Grund der Antragsberechtigung sowie die Gemeinde und deren Mietenstufe;

6. die Einnahmen des Wohngeldempfängers und der übrigen zum Haushalt rechnenden Familienmitglieder nach Art und Höhe, die bei der Ermittlung des Jahreseinkommens nicht zu berücksichtigenden Beträge und die dafür maßgebenden Umstände sowie das monatliche Familieneinkommen;

7. Monat und Jahr der Wohngeldberechnung und die angewandte Gesetzesfassung.

Bei der pauschalierten Wohngeldstatistik für Empfänger von Leistungen der Sozialhilfe und Kriegsopferfürsorge werden erhoben:

1. Beginn, Änderung und Ende der Wohngeldgewährung nach Monat und Jahr;
2. Höhe des monatlichen Wohngeldes sowie Zahl der zur Haushaltsgemeinschaft oder Wohn- und Wirtschaftsgemeinschaft rechnenden Personen;
3. die tatsächlichen und die anerkannten laufenden monatlichen Aufwendungen für die Unterkunft;
4. die Wohnverhältnisse der Wohngeldempfänger nach Ausstattung und Größe der Wohnung sowie die Gemeinde;
5. Betrag des im Berichtszeitraum gezahlten Wohngeldes. Seit Anfang April 1991 gelten in den alten Bundesländern die gesetzlichen Vorschriften für die statistische Erfassung der pauschalierten Wohngeldfälle. In den neuen Bundesländern und Berlin-Ost sind die entsprechenden Bestimmungen bereits zum 1. Januar 1991 in Kraft getreten und zum 1. Oktober 1991 hinsichtlich der Einbeziehung der Heizkosten erweitert worden.

3.4 Auswertung der Ergebnisse

Aufgrund dieser neuen Bundesstatistik kam es erwartungsgemäß bei den Statistischen Ämtern von Bund und Ländern zu spürbaren Mehrbelastungen. Darüber hinaus ging die Umstellung des wohngeldstatistischen Berichtssystems - zumindest in der Anfangsphase - nicht problemlos vonstatten. So mußten beispielsweise für die Berichtsstellen, die ihre Daten auf maschinenlesbaren Datenträgern liefern, spezielle EDV-Verfahren zur Statistikdatengewinnung erarbeitet werden. Dabei zeigte sich in vielen Fällen, daß die Vorgaben für die Statistikmeldung nur unzureichend berücksichtigt worden waren, was zeitaufwendige Programm-Korrekturen

seitens der Software-Hersteller zur Folge hatte. Verzögerungen gab es auch deshalb, weil es für einige Berichtsstellen generell problematisch war, die organisatorischen Vorkehrungen für die neue Aufgabe der Gewährung pauschalierten Wohngeldes zu treffen. Vielfach wiesen die Berichtsstellen auch darauf hin, daß es ihnen wegen des erheblichen zusätzlichen Arbeitsanfalls nicht möglich war, die Angaben bzw. Korrekturen hierzu zeitgerecht zu übersenden. Die vorgenannten Umstände waren dann wohl auch dafür ausschlaggebend, daß bei den gemeldeten Statistikdaten teilweise beträchtliche Fehlerhäufigkeiten vorkamen.

Insgesamt ist festzustellen, daß es bei der bisherigen Bereitstellung der Quartals- bzw. Jahresergebnisse in den einzelnen Bundesländern deutliche Unterschiede

übrigen 15 510 Haushalte fielen unter das neue pauschalierte Wohngeld, das Sozialhilfeempfängern sowie Empfängern von Kriegsofopferfürsorge ohne Antrag seit 1991 von den zuständigen Stellen ausgezahlt wird.

Im Jahre 1992 wurden 71,7 Mio. DM für Wohngeld ausgegeben, davon 33,7 Mio. DM auf Antrag und 38,0 Mio. DM oder 53 % ohne Antrag pauschaliert. Die Empfängerhaushalte bezogen durchschnittlich 176 DM Wohngeld monatlich. Im einzelnen erhielten die Empfänger von Mietzuschuß 133 DM, von Lastenzuschuß 138 und von pauschaliertem Wohngeld 227 DM, wodurch sich ihre monatliche Belastung von durchschnittlich 509 DM auf 376 DM ermäßigte bzw. von 785 DM auf 647 DM und im Bereich der Sozialhilfe von 510 DM auf 283 DM.

Entwicklung des Wohngeldes 1980 - 1992

Jahr	Empfänger (31.12.) von			Durchschnittlicher monatlicher Wohngeldanspruch			Im Laufe des Jahres gezahltes Wohngeld
	Wohngeld insgesamt	Miet-	Lasten-	insgesamt	Miet-	Lasten-	
		zuschuß			zuschuß		
		Anzahl			DM		
							1 000 DM
1980	20 391	17 560	2 831	86	86	85	25 311
1981	21 840	18 140	3 700	116	112	136	36 239
1982	20 364	17 346	3 018	115	113	125	39 400
1983	20 544	17 760	2 784	116	116	118	40 199
1984	20 289	17 741	2 548	119	119	119	38 784
1985 ¹⁾	23 017	20 412	2 605	119	120	113	39 589
1986 ¹⁾	27 411	23 537	3 874	149	150	144	56 643
1987 ¹⁾	29 655	25 812	3 843	153	155	142	64 343
1988 ¹⁾	32 576	28 965	3 611	155	157	139	63 808
1989 ¹⁾	27 565	24 368	3 197	157	160	137	60 605
1990 ¹⁾	26 778	23 718	3 060	162	165	139	60 143
1991 ¹⁾	30 770	27 697	3 073	168	171	137	61 870
1992 ¹⁾	33 784	30 860	2 924	176	180	138	71 700
davon							
spitz	18 274	15 350	2 924	134	133	138	33 700
pauschaliert	15 510	15 510		227	227		38 000

1) einschl. rückwirkende Bewilligungen.

gibt. In diesem Zusammenhang ist auch zu berücksichtigen, daß die Fallzahlen der pauschalierten Wohngeldempfänger im früheren Bundesgebiet weitaus höher liegen als in den neuen Ländern. So bezogen zum Jahresende 1991 in den neuen Ländern (einschl. Berlin-Ost) insgesamt 46 000 Haushalte pauschaliertes Wohngeld. Gemessen an der Gesamtzahl der dort lebenden Wohngeldempfänger (1,78 Mill. Haushalte) entsprach dies einem Anteil von 2,6 %. Im Gegensatz hierzu liegt dieser Prozentsatz in den alten Bundesländern zwischen 23 und 37 %. Allein in Bayern gab es zum Jahresende 1991 mehr pauschalierte Wohngeldempfänger (48 000 Haushalte) als in den neuen Bundesländern zusammen. Insgesamt bezogen im Saarland 1992 33 784 Haushalte Leistungen nach dem Wohngeldgesetz. Die Zahl der Empfängerhaushalte stieg damit um 9,8 % gegenüber dem Vorjahr. Gut die Hälfte der Empfänger bekam auf Antrag das herkömmliche Wohngeld, und zwar erhielten 15 350 einen Mietzuschuß und 2 924 einen Lastenzuschuß auf ihr Wohneigentum. Die

4. Jugendhilfestatistik ab 1991

4.1 Aufgaben der Jugendhilfe

Am 1. Januar 1991 trat das Gesetz zur Neuordnung des Kinder- und Jugendhilferechts (Kinder- und Jugendhilfegesetz - KJHG) in der Fassung vom 26. Juni 1990 (BGBl. I S. 1163) in Kraft. Damit fand eine mehr als zwei Jahrzehnte andauernde Diskussion um eine Weiterentwicklung dieses Rechtsbereichs ihren erfolgreichen Abschluß. In Fachkreisen war man sich seit langem einig, daß das bisher geltende Gesetz für Jugendwohlfahrt (JWG), das im Kern noch auf das Reichsjugendwohlfahrtsgesetz von 1922 zurückgeht, den heutigen Anforderungen an die Jugendhilfe nicht mehr gerecht wird. Die gesellschaftliche Entwicklung hat insbesondere in letzter Zeit neue Problemlagen für Kinder, Jugendliche und Eltern geschaffen, denen man mit dem klassischen Maßnahmenkatalog des JWG, der noch stark von polizei- und ordnungsrechtlichem Denken geprägt ist, nur unzureichend begegnen kann.

Während sich das JWG auf Fälle konzentrierte, in denen das Kindeswohl bereits beeinträchtigt ist und in denen häufig Eingriffe in die Familie - verbunden mit einer Abtrennung des Kindes bzw. Jugendlichen vom Elternhaus - notwendig sind, stellt das neue KJHG präventive, offensive und familienunterstützende Maßnahmen in den Vordergrund. Es sichert den Ausbau ambulanter und teilstationärer Hilfen ebenso wie deren Vorrang vor der Fremdunterbringung. Die Leistungen der Jugendhilfe setzen bei der gesamten Familie und deren Umfeld an. Sie sollen die Erziehungsfähigkeit der Eltern stärken, die Entwicklungsbedingungen und Entwicklungschancen der Kinder und Jugendlichen verbessern und so frühzeitig einsetzen, daß Krisen und Belastungen nicht ein Ausmaß erreichen, bei dem schwerwiegende Eingriffe in die Familie unabwendbar werden. Mit dem KJHG wird somit der Wandel, der in der Jugendhilfepraxis in den letzten Jahren bereits stattgefunden hat, gesetzgeberisch nachvollzogen und abgesichert.

Als Leitnorm ist in § 1 des ersten Kapitels des KJHG das Recht jedes jungen Menschen "auf Förderung seiner Entwicklung und auf Erziehung zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit" postuliert.

Dies ist gleichsam Ziel und Aufgabenstellung für die Jugendhilfe. Durch eine breite Palette von Leistungen, u. a.

- Angebote der Jugendarbeit und der Jugendsozialarbeit, insbesondere für benachteiligte junge Menschen,
- Angebote der Familienfreizeit, der Familienerholung und der Familienberatung,
- Beratung in Fragen der Partnerschaft, Trennung und Scheidung,
- Betreuung und Versorgung des Kindes in Notsituationen,
- Ausbau der verschiedenen Formen der Tagesbetreuung für Kinder,
- Verbesserung ambulanter und teilstationärer Erziehungshilfen neben der Unterbringung in Pflegefamilien und in Heimen,
- Verbesserung der Hilfen für junge Erwachsene,

sollen künftig verstärkt benachteiligten jungen Menschen bessere Startchancen gegeben werden. Die Aufgaben der Jugendhilfe sind dabei vielfältig. Sie werden von öffentlichen und freien Trägern wahrgenommen. Bei den öffentlichen Trägern liegt das Schwergewicht auf der örtlichen Ebene, insbesondere bei den Jugend-

ämtern der Kreise und kreisfreien Städte. Das Spektrum der freien Träger reicht von Selbsthilfegruppen über Vereine bis hin zu den Kirchen und den bundesweit organisierten Jugend- und Wohlfahrtsverbänden (u. a. Arbeiterwohlfahrt, Diakonisches Werk, Deutscher Caritasverband, Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband, Deutsches Rotes Kreuz, Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland).

4.2 Gesetzliche Grundlagen der Jugendhilfestatistik

Die Aktivitäten der Jugendhilfe werden von der amtlichen Statistik bereits seit mehr als 60 Jahren erfaßt. Erst seit 1963 werden jährliche Erhebungen als Bundesstatistiken nach einem geschlossenen Konzept durchgeführt.

Im Frühjahr 1986 wurde die Diskussion um die Reform der Jugendhilfestatistik erneut aufgenommen. Die vier Teile der Erhebung

- Teil I: Erzieherische Hilfen
- Teil II: Maßnahmen der Jugendarbeit
- Teil III: Einrichtungen und Personal
- Teil IV: Ausgaben und Einnahmen

wurden, was den Inhalt und die Erhebungsverfahren anbelangt, überprüft und eingehend auf Mängel und Schwachstellen in der Aussage untersucht. Dabei lag das Augenmerk vor allem auf den Teilen I und IV der Jugendhilfestatistik. In Anbetracht der verstärkten Aktivitäten der Jugendhilfepraxis, der Umstrukturierung der Hilfeformen und der zunehmenden Verlagerung auf familienunterstützende und -stabilisierende Leistungsangebote soll künftig die Vielfalt der Hilfen und ihre Entwicklung im Zeitablauf statistisch besser belegt werden. Es soll ein quantitatives Gesamtbild über die Jugendhilfe entstehen, das der Politik und der Administration eine Gegenüberstellung von Maßnahmen und Kosten erlaubt und gleichzeitig Hintergrundmaterial über soziodemographische und sozialpädagogische Zusammenhänge liefert.

Der Statistikteil des KJHG wurde in den parlamentarischen Gremien zügig und problemlos behandelt; es gab - auch dank der gründlichen Vorbereitung - keine kontroverse Diskussion im Zuge des Gesetzgebungsverfahrens.

Die Jugendhilfestatistik hat nun erstmals seit fast drei Jahrzehnten eine neue rechtliche Basis. Die Statistik ist im neunten Kapitel (§§ 98 bis 103) des ersten Teils des KJHG angeordnet und wird in der geänderten Form ab Januar 1991 durchgeführt. Auch wenn im Erhebungs-

konzept nicht alle Konsumentenwünsche berücksichtigt werden konnten, entsteht doch in vielen Bereichen eine zusätzliche Informationsgrundlage, die für Planungen und den weiteren Ausbau des Leistungsangebots genutzt werden kann. Darüber hinaus hat die Statistik an Rechtssicherheit und Rechtsklarheit gewonnen. Erhebungsumfang, Periodizität, Berichtszeitraum und Berichtsweg sind eindeutig geregelt. Die Anonymität der Datenweitergabe und -speicherung ist gewährleistet, so daß nicht befürchtet werden muß, daß schutzwürdige Interessen der jungen Menschen und ihrer Familien verletzt werden.

4.3 Das neue Erhebungsprogramm

Im folgenden wird das neue Erhebungsprogramm der Jugendhilfestatistik vorgestellt. Dabei liegt das Schwergewicht der Darstellung auf den Teilen I und IV.

Alle Erhebungen erfassen als "angebotsorientierte" Statistiken die Maßnahmen, Aktivitäten und öffentlichen Ausgaben der Jugendhilfe nur insoweit, als auch Leistungen in Anspruch genommen werden. Über die tatsächliche Lebenslage von Kindern und Jugendlichen können sie somit nur ausschnittsweise informieren. Auch wenn sich die Auffassung, daß im Bedarfsfall ein Anspruch auf Solidarleistungen der Gemeinschaft besteht, mehr und mehr durchsetzt, bleibt eine "Dunkelziffer" bei der Erfassung der wirklichen Problemfälle. Ergänzende Erhebungen nicht-amtlicher Stellen verlieren vor diesem Hintergrund nicht an Bedeutung.

4.3.1 Statistik der erzieherischen Hilfen

Die materiellen Änderungen im KJHG betreffen vor allem die Statistik der erzieherischen Hilfen. Bisher wurden entsprechende Ergebnisse tabellarisch ermittelt; das heißt die Auskunftspflichtigen lieferten an die statistischen Ämter der Länder Summentabellen, die bereits kumulierte Angaben über die Hilfeempfänger enthielten. Dadurch kam es immer wieder zu Ungenauigkeiten, weil u. a. Bestands- und Verlaufsdaten nicht übereinstimmten. Man hat sich daher bei der Vorbereitung der Reform darauf geeinigt, statt einer Vielzahl von zum Teil unzusammenhängenden Sammelbelegen in Zukunft überwiegend Einzelfragebogen zu verwenden, die jeweils einen inhaltlich zusammengehörenden Themenkomplex abdecken. Mit dieser Änderung des Erhebungsverfahrens wurde beabsichtigt, die Qualität der Ergebnisse zu verbessern, mehr Daten für **bereichsspezifische Auswertungen bereitzustellen** und die Auskunftspflichtigen wenn möglich von unnötigen Aufbereitungsarbeiten zu entlasten.

Entsprechend den verschiedenen Hilfeformen - ambulante, teilstationäre, stationäre, administrative Hilfen - werden nunmehr in der Statistik folgende Erhebungsvordrucke verwendet:

Fragebogen 1:	Institutionelle Beratung
Fragebogen 2:	Betreuung einzelner junger Menschen
Fragebogen 3:	Sozialpädagogische Familienhilfe
Fragebogen 4:	Hilfe zur Erziehung außerhalb des Elternhauses
	4.1: Beginn der Hilfe
	4.2: Ende der Hilfe
	4.3: Wechsel der Unterbringungsform während der Hilfe
	4.4: Empfänger der Hilfe am 1. Januar 1991
Fragebogen 5:	Adoptionen
	5.1: Adoptierte Kinder und Jugendliche
	5.2: Eckzahlen zur Adoptionsvermittlung
Fragebogen 6:	Pflegschaften, Vormundschaften, Bei tandschaften, Pflegeerlaubnis, Vaterschaftsfeststellungen, Sorgerecht

Zu Fragebogen 1: Institutionelle Beratung

Im Bereich der institutionellen Beratung werden **jährlich** alle von Beratungsstellen **abgeschlossenen Fälle** von Erziehungs-, Familien-, Jugend- und Suchtberatung in der Jugendhilfe erfaßt. **Nicht einzubeziehen** in die Meldung sind Beratungen im Rahmen der Jugendarbeit, der Eheberatung, der Schwangerschaftskonfliktberatung sowie die Ratsuchenden der Sexualberatungsstellen. Mit der statistischen Erfassung der Inanspruchnahme von Beratungsdiensten und -einrichtungen soll ein Überblick gewonnen werden, in welchem Umfang diese Stellen bei der Bewältigung individueller und familiärer Probleme eingeschaltet sind.

Die Statistik erfaßt Altersstruktur, Geschlecht und Staatsangehörigkeit der ratsuchenden jungen Menschen. Sie gibt Hinweise über die Familiensituation (Größe der Familie, Wohnverhältnisse) und die erste Kontaktaufnahme mit der Beratungsstelle. Die verschiedenen Anlässe, die den Beratungsvorgang auslösen (u. a. Entwicklungsauffälligkeiten, Schul-, Sucht-, Beziehungs-, Wohnungsprobleme), sollen grob die vorhandene Problemlage skizzieren. Beginn und Ende informieren über die Dauer; der Schwerpunkt der Beratung und

die verschiedenen Therapieformen geben Anhaltspunkte zur Beratungsthematik. Diese wenigen Informationen reichen für strukturelle Aussagen aus. Die Angaben sind vom Beratungsdienst nach Kenntnis der Sachlage und eigener Wahrnehmung zu machen; keinesfalls sollen die Ratsuchenden die Fragen direkt beantworten, um das Vertrauensverhältnis zwischen Klienten und Berater nicht zu gefährden.

Zu Fragebogen 2: Betreuung einzelner junger Menschen

Die ambulante Einzelbetreuung in Form der Unterstützung durch Erziehungsbeistände oder Betreuungshelfer bzw. in Form der sozialen Gruppenarbeit soll Kindern, Jugendlichen und jungen Volljährigen bei der Bewältigung ihrer Entwicklungsprobleme beistehen.

Auch über die Einzelbetreuung sollen umfassende und zuverlässige Informationen, und zwar über Umfang und Struktur der Maßnahmen sowie über die Situation der ambulant betreuten jungen Menschen zur Verfügung stehen. Im Gegensatz zur institutionellen Beratung werden nicht nur die im Jahr abgeschlossenen, sondern auch die über das Jahresende hinaus andauernden Betreuungsfälle gezählt. Die örtlichen Träger und die Träger der freien Jugendhilfe haben Angaben zur Person des Betreuten, zu seiner Unterbringung und zum unmittelbaren Anlaß für ihr Tätigwerden zu machen. Durch Kombination dieser Merkmale wird ein differenziertes Bild über Art und Dauer der Betreuung in den einzelnen Alters- und Personengruppen gezeichnet.

Zu Fragebogen 3: Sozialpädagogische Familienhilfe

Die sozialpädagogische Familienhilfe ist relativ neu. Sie stellt die intensivste Form der ambulanten Erziehungshilfen dar und reicht weit in die Familie hinein, die häufig mit einem Bündel von Schwierigkeiten sowohl der Kinder als auch der Elternteile zu kämpfen hat.

Die sozialpädagogische Familienhilfe richtet sich vornehmlich auf die Entwicklung von Minderjährigen; sie soll eine Verbesserung der materiellen Lebensbedingungen der Familien, der Interaktionen der Familienmitglieder und des Erziehungsverhaltens der Eltern fördern. Auf diese Weise wird angestrebt, die Unterbringung minderjähriger Kinder außerhalb der Familie zu vermeiden.

Es steht außer Frage, daß über die Entwicklung neuer familienunterstützender und -stabilisierender Angebote auch laufend statistisch berichtet werden muß. Im Mittelpunkt der Beobachtung stehen hier allerdings nicht Einzelpersonen, sondern die betreute Familie als Ganzes. Die die Maßnahmen durchführenden örtlichen und

freien Träger sind verpflichtet, am Ende der Betreuung bzw. -bei andauernder Hilfe - am Jahresende Angaben über die Zusammensetzung der Familie sowie die jeweilige Zahl und Altersspanne ihrer Kinder zu liefern. Auch wird wieder der Hilfeanlaß erfaßt, diesmal aber mit einem erweiterten Problemkatalog, um die Krisensituationen möglichst treffend zu kennzeichnen. Jede ambulant betreute Familie geht als Einzelfall in die Statistik ein. Auf diese Weise lassen sich im Wege der Auswertung Daten für unterschiedliche "Problemfamilien" aggregieren, für die bestimmte Verhaltensmuster typisch sind und auf die das Hilfeangebot durch differenzierte Arbeitsmethoden und Interventionsformen reagieren muß.

Zu Fragebogen 4: Hilfe zur Erziehung außerhalb des Elternhauses

Die Hilfe zur Erziehung außerhalb des Elternhauses zählt mit der Unterbringung der Kinder und Jugendlichen in Pflegefamilien und in Heimen zu dem klassischen Hilferépertoire der Jugendhilfe. Sie wurde im KJHG begrifflich und inhaltlich zwar modifiziert, blieb im Kern aber unberührt. Die Erhebung der Hilfen zur Erziehung außerhalb des Elternhauses erstreckt sich auf junge Menschen, die im Rahmen der folgenden vier Hilfearten betreut werden:

- Erziehung in einer Tagesgruppe,
- Vollzeitpflege in einer anderen Familie,
- Heimerziehung; sonstige betreute Wohnform,
- intensive sozialpädagogische Einzelbetreuung.

Auskunftspflichtig sind die örtlichen Träger der Jugendhilfe, in der Übergangszeit bis 1994 auch die überörtlichen Träger. Sie haben mit getrennten Formularen Beginn und Ende der jeweiligen Hilfe, Änderungen bei der Unterbringung während der Hilfeleistung und in fünfjährigen Abständen den Bestand der Hilfeempfänger am Jahresende anzuzeigen. Zur Vereinfachung des Erhebungsverfahrens und zur Entlastung der Berichtsstellen wird für die Ermittlung jährlicher Bestandszahlen ein Fortschreibungsverfahren angewandt. Der Anfangsbestand der Hilfeempfänger am 1. Januar 1991 dient dabei als Ausgangsgrundlage, die maschinell durch die laufende Zugangs-, Änderungs- und Abgangserfassung fortgeschrieben wird. Erst Ende 1995 ist somit wieder eine erneute Bestandsmeldung erforderlich.

Des weiteren ist ein Durchschreibeverfahren vorgesehen, um die Informationen zu Beginn der Fremdunterbringung ohne zusätzlichen Aufwand zusammen mit den Angaben beim Ende der Hilfe auswerten zu können.

Hierdurch sind Aussagen über die Dauer der Hilfestellung sowie über die Veränderungen im Schul- und Ausbildungsverhältnis, in der Unterbringungsform und der Jugendamtsbetreuung möglich. Für jeden jungen Menschen, der im Rahmen der erzieherischen Hilfe außerhalb des Elternhauses untergebracht ist, werden neben den persönlichen Daten wie Alter, Geschlecht, Kindschaftsverhältnis, der Aufenthalt vor der Hilfestellung, die gegenwärtige Hilfeart und die ihr vorangegangene Hilfe festgehalten. Bei Beendigung der erzieherischen Maßnahme wird deren Grund und gegebenenfalls die Überleitung in eine sich anschließende Hilfe sowie der künftige Aufenthaltsbereich des jungen Menschen ermittelt. Man kann also für bestimmte Personengruppen Entwicklungen der Hilfestellung im Zeitablauf beobachten. Bei vorsichtiger Interpretation der statistischen Ergebnisse lassen sich hieraus Anhaltspunkte über den Erfolg der Jugendamtsarbeit und über typische Verläufe der erzieherischen Betreuung gewinnen.

Zu Fragebogen 5: Adoptionen

Zu den erzieherischen Hilfen werden auch die Adoptionen gezählt; es handelt sich dabei um eine besondere Form der Unterbringung außerhalb der Herkunftsfamilie.

Um verlässliche Angaben über den Adoptionsumfang und die Situation der abgebenden und annehmenden Familien bereitstellen zu können, wird jährlich bei den örtlichen, überörtlichen und freien Trägern der Jugendhilfe eine Individualerhebung sowie eine Verwaltungsvollzugsstatistik durchgeführt:

Zur Person des Adoptivkindes sind als Erhebungsmerkmale Geschlecht, Alter, Kindschaftsverhältnis sowie die Staatsangehörigkeit mittels eines ausführlichen Länderschlüssels zu melden. Letzteres ist wichtig, um die Herkunft der angenommenen ausländischen Kinder zu dokumentieren, wobei unterschieden wird, ob die Kinder eigens zum Zweck der Adoption ins Inland geholt wurden oder nicht. Zur Kennzeichnung der familiären Herkunft werden Informationen über den Familienstand der abgebenden Eltern bzw. des sorgeberechtigten Elternteils und über die Unterbringung vor Beginn der Adoptionspflege eingeholt. Dabei soll auch der Anteil der Jungen und Mädchen ermittelt werden, bei denen die Einwilligung zur Adoption durch das Vormundschaftsgericht ersetzt wurde. Der Merkmalskatalog der Individualerhebung schließt mit den Fragen zur Staatsangehörigkeit der Adoptiveltern und zum Verwandtschaftsverhältnis mit dem angenommenen Kind ab.

Die Adoptionsvermittlungsstellen berichten zusätzlich einmal jährlich über die ausgesprochenen und aufgehobenen Adoptionen sowie über die während der Probe-

zeit der Annahme abgebrochenen Pflegeverhältnisse. Auch wird die Zahl der vorgemerkten Adoptionsbewerber und der zur Adoption vorgemerkten und in Adoptionspflege untergebrachten Kinder und Jugendlichen registriert. Man kann also künftig anhand von wenigen Eckdaten recht gut das Ergebnis der Arbeit der Adoptionsvermittlungsstellen ablesen. Es sei allerdings angemerkt, daß es sich bei dieser Arbeit nicht um einen marktmäßigen Ausgleich zwischen Angebot und Nachfrage handelt. Im Mittelpunkt der Adoption steht allein das Wohl des Kindes. Es ist nicht Aufgabe der Vermittlungsstellen, für Bewerber "passende Kinder" zu finden, sondern für Kinder geeignete Adoptionsbewerber.

Zu Fragebogen 6: Pflegschaften, Vormundschaften, Beistandschaften, Pflegeerlaubnis, Vaterschaftsfeststellungen, Sorgerecht

Mit Hilfe dieses Sammelbeleges soll ein Überblick über ein Bündel von erzieherischen Hilfen gegeben werden, bei denen eine gesetzliche Mitwirkungspflicht des Jugendamtes besteht. Die Ergebnisse werden für regionale und zeitliche Vergleiche sowohl hinsichtlich der Zahl der betroffenen Kinder und Jugendlichen als auch hinsichtlich der Entwicklung der erfaßten Tatbestände benötigt. Hilfen im Vormundschaftswesen gehören zu den traditionellen Aufgaben der Jugendämter und der an diesen Aufgaben beteiligten freien Vereinigungen. Ihre rechtliche Verankerung haben sie im Bürgerlichen Gesetzbuch. In die Statistik geht nur der Bestand der verschiedenen Amtsvormundschaften, Amtspflegschaften und Beistandschaften zum jeweiligen Jahresende ein. Gleiches gilt für die Pflegekinder, für die eigens eine Pflegeerlaubnis erteilt wurde. Vaterschaftsfeststellungen werden dagegen laufend in einer Jahressumme erfaßt; ebenso die nicht feststellbaren Vaterschaften, bei denen eine weitere Verfolgung des Falles aussichtslos ist. Auch bei den Maßnahmen zum vollständigen oder teilweisen Entzug des elterlichen Sorgerechts handelt es sich um periodische Angaben.

4.3.2 Statistik über Maßnahmen der Jugendarbeit

Ähnlich breit gefächert wie die verschiedenen Hilfen zur Erziehung sind die Maßnahmen der Jugendarbeit. Die Entwicklung junger Menschen wird durch eine Vielzahl von Trägern, Inhalten, Methoden und Arbeitsformen gefördert. Zu den Schwerpunkten der Jugendarbeit gehören die

- außerschulische Jugendbildung (allgemeine, politische, soziale, gesundheitliche, kulturelle, naturkundliche und technische Bildung),
- Jugendarbeit in Sport, Spiel und Gesellschaft,

- arbeitswelt-, schul- und familienbezogene Jugendarbeit,
- Kinder- und Jugenderholung,
- Jugendberatung.

Wegen der Programmvietfalt und der zumeist lockeren Organisationsstruktur der Träger der Jugendarbeit hat es die amtliche Statistik schwer, verlässliche und informative Beschreibungen der verschiedenen Aktivitäten zu liefern. Es ist lediglich möglich, die Zahl der im Berichtsjahr mit öffentlichen Mitteln geförderten Maßnahmen, die Teilnehmerzahl und die Dauer der einzelnen Veranstaltungen zu zählen. Auch ob der Schwerpunkt der Maßnahmen in den Bereichen außerschulische Jugendbildung, Kinder- und Jugenderholung, innerdeutsche und internationale Jugendarbeit bzw. Mitarbeiterfortbildung liegt, kann festgehalten werden. Man gewinnt hierdurch allerdings nur einen sehr groben Überblick über die tatsächlich geleistete Jugendarbeit.

Bei der Erhebung 1992 - sie wurde mit fast unverändertem Merkmalskatalog durchgeführt - wirkten öffentliche und freie Träger zusammen, so daß zum ersten Mal vollständige Ergebnisse erwartet werden können.

4.3.3 Einrichtungs- und Personalerhebung

Die Teile I und II der Jugendhilfestatistik berichten über einen wesentlichen Teil des differenzierten Leistungsangebotes, speziell über Maßnahmen und Empfänger der Jugendhilfe. Voraussetzung hierfür ist eine gut funktionierende Hilfeorganisation mit bedarfsgerecht vorhandenen institutionellen und personellen Kapazitäten. Diese gilt es im Zeitablauf auf- und auszubauen und an die sich wandelnden Problemlagen anzupassen.

Zum Stichtag 31. Dezember 1990 wurde von der amtlichen Statistik zum vierten Mal nach 1974, 1982 und 1986 eine Einrichtungs- und Personalerhebung im Bereich der Jugendhilfe durchgeführt. Sie lieferte einen Überblick über die verschiedenen Einrichtungsarten, Behörden, Geschäftsstellen, Arbeitsgemeinschaften und ihre Trägerorganisationen ermittelte. Daneben ermittelte man die personelle Ausstattung und die qualitative Besetzung der Einrichtungen. Genaue Zahlen hierüber erleichtern die regionale und überregionale Planung und werden als Grundlage für die Fortentwicklung von Politik und Gesetzgebung benötigt. Im einzelnen werden in der Statistik alle vier Jahre

- Ort und Art der Einrichtung,
- Art des Trägers,
- Zahl der verfügbaren Plätze

- tätige Personen nach Geschlecht, Alter, Berufsausbildungsabschluß, Stellung im Beruf, Art der Tätigkeit und des Arbeitsbereichs

erfaßt und ausgewertet.

Von den Einrichtungen der Jugendhilfe stehen immer wieder die Kindergärten im Mittelpunkt der Diskussion. Tageseinrichtungen für Kinder gehören heute nach allgemeinem Verständnis zur infrastrukturellen Grundausstattung der Kommunen. Vielfach übersteigt die Nachfrage nach Kindergartenplätzen das verfügbare Angebot beträchtlich. Trotz niedriger Kinderzahlen ist der Platzbedarf in letzter Zeit weiter gestiegen; der Wunsch nach Kinderbetreuung vor und nach dem Kindergartenalter in Krippen und Horten hat zudem eindeutig zugenommen. Die Statistik ist in diesem Zusammenhang aufgerufen, exakte und regional vergleichbare Zahlenangaben über die Versorgung mit Kindertageseinrichtungen vorzulegen. Dennoch kann beim gegenwärtigen Stand des KJHG nur das Angebot der Plätze, nicht auch deren altersspezifische Belegung erfragt werden. Hier ist das Saarland in einer günstigen Situation, da das Statistische Landesamt in einer eigenen jährlichen Landesstatistik die Kindertageseinrichtungen u. a. nach genehmigten und tatsächlich belegten Plätzen altersspezifisch erfaßt.

Die Statistik der Einrichtungen und des Personals krankte früher daran, daß Doppelerfassungen auftraten, da in einer größeren Zahl der Fälle sowohl die Einrichtung als auch der auskunftspflichtige Träger Meldungen an die Statistik abgaben. Andererseits wurden Einrichtungen mit ihrem Personal mangels ausreichender Adressenunterlagen überhaupt nicht in die Erhebung einbezogen. Durch Gesetz sind die Träger der öffentlichen Jugendhilfe nun aufgefordert, letzteren bei der Anschriftenbeschaffung zu helfen. Die Statistischen Ämter der Länder führen ihrerseits ein einheitliches Adressenverzeichnis über die Einrichtungen und ihre Träger, mit dem sie die Vollständigkeit der Meldungen überprüfen. Die Einführung einer "Abgabennachricht" bei Trägern, die mehrere Einrichtungen betreiben, aber die Erhebungsbogen wegen der Ortsferne nicht selbst ausfüllen können, hat sich hierbei gut bewährt.

Insgesamt kann man heute davon ausgehen, daß die Statistik vollständige und kompatible Ergebnisse bereitstellt. Der Einsatz von geschultem Personal in den verschiedenen Aufgaben- und Arbeitsbereichen der Jugendhilfe läßt sich nun recht gut im Zeit- und Regionalvergleich erkennen. Auch wenn die Einrichtungs- und Personalerhebung nur in vierjährigen Abständen durchgeführt wird, ergeben sich hieraus immer wieder neue Impulse zum Ausbau und zur Feinabstimmung der Einrichtungsstruktur.

4.3.4 Statistik der Ausgaben und Einnahmen

Verständlicherweise steht der statistische Nachweis der Ausgaben und Einnahmen für die Jugendhilfe besonders im Blickpunkt des öffentlichen Interesses. Nur wenn Kosten und Nutzen von administrativen Maßnahmen laufend gegeneinander abgewogen werden, bleibt die Effizienz und Produktivität öffentlichen Handelns erhalten.

Mit der Umstellung der Aufwandsstatistik sollten folgende Ziele erreicht werden:

- Die Gliederung der Ausgaben soll die Schwerpunkte der Jugendhilfe widerspiegeln.
- Möglichst enge Abstimmung der erfaßten Tatbestände mit den anderen Teilen der Jugendhilfestatistik.
- Möglichst vollständige Erfassung des Aufwandes der öffentlichen Träger für die Jugendhilfe.
- Minimierung der Abweichungen in den Ergebnissen im Vergleich zur Finanzstatistik.

Zentrale Voraussetzung dafür, daß diese Ziele erreicht werden können, ist, daß die Erhebungstatbestände der Ausgaben- und Einnahmenstatistik eng mit den korrespondierenden Abschnitten und Unterabschnitten der kommunalen Haushaltssystematik verknüpft werden.

Die Umstellung der Haushaltssystematik ist zwar inzwischen erfolgt, konnte aber in der Praxis für das Jahr 1991 nicht mehr umgesetzt werden. Dies ist eine der wesentlichen Ursachen dafür, daß die Berichtsstellen zum Teil erhebliche Schwierigkeiten mit der Aufteilung und Zuordnung insbesondere der Personalausgaben hatten. Es ist jedoch davon auszugehen, daß sich mit der Anwendung der neuen kommunalen Haushaltssystematik diese Probleme relativieren, auch wenn gerade bei kleineren Trägern der Jugendhilfe, in denen die Mitarbeiter verschiedene Funktionen in Personalunion ausüben, auch künftig Zuordnungsprobleme auftreten können.

Um insbesondere die beiden erstgenannten Ziele der Reform der Aufwandsstatistik verwirklichen zu können, ist es jedoch unabdingbar, an der Aufteilung der Ausgaben nach Hilfearten festzuhalten. Dies sollte den Berichtsstellen gerade in der sicherlich noch einige Zeit andauernden Umstellungsphase durch klare und eindeutige Handlungsanweisungen erleichtert werden.

Bei der Aufteilung und Zuordnung der Ausgaben zu den einzelnen Positionen der Aufwandsstatistik sind im wesentlichen zwei Probleme zu überwinden:

- Zuordnung zu den Leistungs- oder Verwaltungsausgaben,
- Aufteilung der Leistungsausgaben auf die einzelnen Hilfearten.

Keinesfalls sollten Ausgaben nur deshalb nicht erhoben werden, weil sie nicht eindeutig einer einzigen Ausgabenposition zurechenbar sind, da ansonsten die vollständige Erfassung des Aufwandes der öffentlichen Träger für die Jugendhilfe nicht erreicht werden kann.

Aus dem gleichen Grund ist auch der Leistungsaufwand der obersten Landesjugendbehörden unbedingt in die Erhebung einzubeziehen, wobei Aufteilung und Zuordnung in Zweifelsfällen nach dem o. a. Verfahren durchgeführt werden sollten.

Grundsätzlich umfaßt die Statistik der Ausgaben und Einnahmen der Jugendhilfe alle Beträge gemäß KJHG und anderer Rechtsvorschriften, die von öffentlichen Haushalten auf den in Einzelnachweisungen angegebenen Haushaltsstellen gebucht werden. Zu melden sind nur "unmittelbare" Ausgaben (ohne kalkulatorische Kosten, interne Verrechnungen und durchlaufende Gelder). Damit werden lediglich die im Zuge der Aufgabenerfüllung der einzelnen Gebietskörperschaften getätigten Ausgaben nachgewiesen, unabhängig davon, ob und inwieweit andere Verwaltungsebenen zur Finanzierung dieser Aufgaben durch Zuweisungen oder Darlehen beitragen. Entsprechend werden auf der Einnahmenseite nur die "unmittelbaren" Einnahmen (unmittelbare Kostenbeiträge, übergeleitete Ansprüche u. dgl.) in die Erhebung einbezogen.

Die haushaltsmäßigen Belastungen auf jeder Ebene (Bund, Land, Kreis, kreisangehörige Gemeinde) können hingegen den Ergebnissen der Finanzstatistik - wenn auch nicht in der gleichen Tiefengliederung - entnommen werden, da hier zusätzlich die zwischen den öffentlichen Haushalten fließenden Finanzierungsströme erfaßt und dargestellt werden. Darüber hinausgehende Informationen über die Belastung der einzelnen Haushalte durch die jeweilige Leistungsart bzw. Einrichtung stehen den Gemeinden aus den Jahresrechnungsergebnissen zur Verfügung.

Für die Übermittlung der Aufwandsdaten an die Statistischen Ämter der Länder werden zwei Erhebungsvordrucke verwendet:

Fragebogen 1: Ausgaben und Einnahmen für Einzel- und Gruppenhilfen und andere Aufgaben nach dem KJHG,

Fragebogen 2: Ausgaben und Einnahmen für Einrichtungen.

Die Erhebungsvordrucke für die nach der kommunalen und staatlichen Haushaltssystematik buchenden Stellen sind inhaltsgleich; sie unterscheiden sich lediglich durch die Bezüge zu einzelnen Positionen der Systematik. Da der überwiegende Teil der Aufwendungen in der Jugendhilfe Ausgaben der örtlichen Träger sind, wird im folgenden nur auf die Erhebungsunterlagen für die kommunalen Behörden Bezug genommen.

Zu Fragebogen 1: Ausgaben und Einnahmen für Einzel- und Gruppenhilfen und andere Aufgaben nach dem KJHG

Mit diesem Beleg werden die Ausgaben für individuelle und gruppenbezogene Hilfen der öffentlichen Träger, gegliedert nach Hilfearten, erfaßt. Personalausgaben, Geldleistungen für Berechtigte, sonstige laufende und einmalige Ausgaben im Zusammenhang mit der Durchführung der Maßnahmen sowie Zuschüsse für personenbezogene Einzelmaßnahmen an Träger der freien Jugendhilfe sind getrennt zu melden. Im Gegensatz zur bisherigen Erhebung sind die anfallenden Personalausgaben der Gebietskörperschaften möglichst zweckorientiert einzelnen Hilfearten zuzuordnen; es soll davon abgegangen werden, personelle Kosten für Hilfeleistungen als allgemeinen Verwaltungsaufwand auszuweisen.

Die Gliederung nach Hilfearten folgt weitgehend den Bestimmungen im KJHG. Für die buchungstechnische Abwicklung wird der Abschnitt 45 im Gliederungsplan der kommunalen Haushaltssystematik bundeseinheitlich in 32 4stellige Unterabschnitte eingeteilt. Damit dadurch die kommunalen Haushalte nicht unnötig aufgebläht werden, werden zur Abstimmung mit der Finanzstatistik lediglich 3stellige Unterabschnitte verwendet. Der weitergehende Informationsbedarf für die Jugendhilfestatistik soll anhand ergänzender Zuordnungsvorschriften zum Gliederungsplan verwirklicht werden; künftig sollen die Daten direkt den tief gegliederten und überwiegend maschinell geführten Sachbüchern zum Haushalt entnommen werden. Dies bedeutet eine Vereinfachung in der Berichterstattung und hat den Vorteil, daß die Ergebnisse der Jugendhilfe und der Finanzstatistik zwangsläufig übereinstimmen.

Zu Fragebogen 2: Ausgaben und Einnahmen für Einrichtungen

Zum Nachweis der Ausgaben und Einnahmen für die Unterhaltung und den Betrieb eigener Einrichtungen der öffentlichen Hand sowie der Zuschüsse für Einrichtungen freier Träger wird ein gesonderter Erhebungsvor-

druck eingeführt. Dies entspricht einer alten Forderung der AGOLJB, da beim bisherigen Erhebungsmodus immer wieder Zweifel aufkamen, inwieweit Aufwendungen auch vollständig aufgeführt wurden. Insbesondere fehlten oft Angaben über laufende Kosten der eigenen Einrichtungen, was zeitlich und regional verzerrte Ergebnisse brachte und zu den Abweichungen gegenüber der Finanzstatistik erheblich beitrug. Künftig werden die Ausgaben und Einnahmen für die eigenen Einrichtungen klar von den Zahlungen und Rückzahlungen für Einrichtungen der freien Träger getrennt. Es werden nicht mehr undifferenzierte Pauschalbeträge ermittelt, sondern konkret festgelegte Ausgaben- und Einnahmepositionen entsprechend der Gliederung des Gruppierungsplans der öffentlichen Haushalte. Damit können laufende Ausgaben (Personal- und Sachausgaben) und investive Ausgaben unterschieden werden, ebenfalls Gebühren und Entgelte von sonstigen Einnahmen. Für tiefergehende Analysen im kommunalen Bereich steht die volle Gliederungsbreite des Gruppierungsplans zur Verfügung.

Die Einrichtungen werden nach neun Einrichtungsarten unterteilt. Der Abschnitt 46 des Gliederungsplans der kommunalen Haushaltssystematik erhält hierzu 3stellige Unterabschnitte. Die Datenermittlung kann somit künftig analog dem Verfahren bei der Erfassung der Einzel- und Gruppenhilfen erfolgen.

4.4 Auswertung der Ergebnisse

Das sehr differenzierte Erhebungsprogramm der reformierten Jugendhilfestatistik ermöglicht es, nunmehr umfangreiche und zum Teil völlig neue Informationen für Politik, Verwaltung und Öffentlichkeit zu liefern. Empfänger-, Maßnahme-, Einrichtungs- und Aufwandsdaten stellen für sich genommen, aber auch in Kombination miteinander, einen Fundus für eine Vielzahl dringend benötigter quantitativer Analysen dar. Es bieten sich vielfältige, bereichsspezifische Auswertungsmöglichkeiten an, die in den kommenden Jahren von den Konsumenten genutzt, weiterentwickelt und möglichst in konkrete Planungen und Maßnahmen zur Förderung junger Menschen und Familien umgesetzt werden sollten.

Die amtliche Statistik wird dabei nicht nur Eckinformationen und Fallzahlen für bestimmte Merkmalsausprägungen bereitstellen. Durch Kombination der Merkmale, durch thematische Verknüpfung von Erhebungstatbeständen werden erst Zusammenhänge und Hintergründe sichtbar, die Aufschlüsse über sachliche, zeitliche und regionale Entwicklungen geben. Für die standardmäßige Auswertung der Daten ist vom Arbeitskreis "Jugendhilfestatistik" ein umfangreiches Tabellenwerk vorgegeben worden. Im einzelnen gibt es neun verschiedene Tabellenprogramme mit zusammen 84 unterschiedlich tief gestalteten Tabellen. Damit wird ein

Maßnahmen der öffentlichen Jugendhilfe 1980 bis 1992

Art der Maßnahme	1980	1990	1991	1992
Anzahl der Fälle am Ende des Berichtsjahres				
Minderjährige unter gesetzlicher Amtspflegschaft	6 546	9 273	9 408	9 806
Minderjährige unter gesetzlicher Amtsvormundschaft	708	342	213	209
Minderjährige unter bestellter Amtspflegschaft	1 113	603	313	249
Minderjährige unter bestellter Amtsvormundschaft	792	631	569	523
Minderjährige unter Beistandschaften	344	497	481	477
dar.: Unterhaltsbeistandschaft		469	357	310
Hilfe zur Erziehung außerhalb des Elternhauses	2 340	1 711	2 034	2 303
dav.: Erziehung in einer Tagesgruppe			304	345
Vollzeitpflege in einer anderen Familie	1 099	809	673	773
Heimerziehung	1 241	828	1 051	1 179
intensive sozialpädagogische Einzelbetreuung			6	6
Anzahl der Fälle im Laufe des Jahres				
Adoptierte Minderjährige	154	109	128	101
dar.: ausländische Kinder und Jugendliche	-	-	29	23
Vorgemerkte Adoptionsbewerber	320	393	412	425
In Adoptionspflege untergebrachte Minderjährige	83	104	107	127
Vaterschaftsfeststellungen	709	1 156	1 231	1 227
dav.: durch freiwillige Anerkennung	554	1 048	1 122	1 114
durch gerichtliche Entscheidung	155	108	109	113
Vaterschaft nicht festgestellt	61	79	78	73
Institutionelle Beratung für Minderjährige und junge Volljährige		2 192	1 273	1 406
Betreuung einzelner junger Menschen	93	410	454	
dar.: Erziehungsbeistandschaften	93	410	440	
Sozialpädagogische Familienhilfe			185	131
Anzeigen zum vollständigen oder teilweisen Entzug der elterlichen Sorge	167	196	160	169
Gerichtliche Maßnahmen zum vollständigen oder teilweisen Entzug der elterlichen Sorge	103	142	135	117
Übertragung der elterlichen Sorge ganz oder teilweise auf das Jugendamt	71	117	123	109
Hilfe zur Erziehung außerhalb des Elternhauses				
Zugänge	556	522	553	619
dar.: Heimerziehung	307	330	289	338
Familienpflege	249	190	150	175
Abgänge	698	471	386	355
dar.: Heimerziehung	386	284	240	213
Familienpflege	312	180	75	76

Kindertageseinrichtungen im Saarland 1980 - 1993

Jahr	Einrichtungen	Gruppen	Betreute Kinder		Betreuungspersonal					
			insgesamt	darunter männlich	insgesamt	davon				
						Sozialpädagogische Jugendleiterinnen, Lehrer	Erzieherinnen Kindergärtnerinnen	Kinderpflegerinnen	Praktikantinnen im Anerkennungsjahr und Vorpraktikum	nicht Ausgebildete Kräfte und Vorpraktikanten
Kindergärten										
1980	401	1 160	26 923	13 880	1 996	4	950	660	284	98
1982	405	1 170	26 611	13 608	2 143	5	984	684	154	316
1983	407	1 191	27 055	13 714	2 252	8	1 034	674	163	373
1984	408	1 206	27 669	13 984	2 335	8	1 097	713	159	358
1985	408	1 216	28 177	14 194	2 337	9	1 130	700	166	332
1986	408	1 234	28 575	14 536	2 351	13	1 186	698	171	283
1987	409	1 243	29 096	15 107	2 380	14	1 226	721	179	240
1988	410	1 254	29 055	14 973	2 421	14	1 290	721	176	220
1989	411	1 262	29 232	15 150	2 464	21	1 348	727	162	206
1990	418	1 274	29 479	15 201	2 511	12	1 396	744	172	187
1991	421	1 300	30 028	15 514	2 617	17	1 467	797	144	192
1992	431	1 336	30 990	15 949	2 845	16	1 583	877	180	189
1993	438	1 362	31 433	16 187	3 124	17	1 715	965	163	264
Kinderhorte										
1980	20	40	618	333	84	17	31	22	11	2
1982	25	42	678	356	112	22	40	23	8	19
1983	25	42	660	366	116	31	40	22	5	18
1984	27	43	680	334	117	29	46	23	6	13
1985	25	36	688	359	114	22	42	26	6	18
1986	26	40	699	372	116	30	45	20	3	18
1987	19	31	562	290	81	27	36	6	4	8
1988	19	30	578	291	79	28	37	3	2	9
1989	16	27	553	282	76	28	35	5	3	5
1990	18	31	606	319	80	21	38	8	4	9
1991	18	33	618	334	78	20	46	3	3	6
1992	23	42	639	339	88	21	53	2	3	9
1993	28	49	697	359	105	23	64	6	2	10
Kinderkrippen - Krabbelstuben										
1987	6	11	113	69	26	-	6	6	-	1
1988	6	11	115	63	28	-	12	12	-	4
1989	7	9	127	63	27	-	11	12	-	4
1990	12	14	183	100	44	1	21	17	2	3
1991	16	21	239	123	60	1	24	31	-	4
1992	21	25	316	175	71	-	29	37	-	5
1993	25	39	396	212	80	-	34	41	-	5
Einrichtungen für das Behinderte Kind										
1980	13	45	259	144	82	3	29	26	22	2
1982	13	44	244	129	87	5	24	32	1	25
1983	13	44	247	131	87	5	29	27	1	25
1984	14	44	245	135	92	8	27	22	3	32
1985	15	52	293	149	88	4	30	31	3	30
1986	14	53	300	159	103	9	29	29	5	31
1987	14	57	316	160	104	12	32	27	6	27
1988	14	60	340	177	108	8	42	27	5	26
1989	14	60	355	194	106	5	46	24	5	26
1990	15	57	370	201	115	9	51	29	1	25
1991	15	61	360	194	113	7	54	25	2	25
1992	15	73	397	220	125	8	68	25	2	22
1993	15	74	424	242	140	12	75	25	3	25

integriertes statistisches Gesamtsystem der Jugendhilfe vorgelegt, das die bisherigen Darstellungs- und Auswertungsmöglichkeiten bei weitem übersteigt. Bei der Konzeption der Tabellenprogramme wurde Wert darauf gelegt, einerseits Zahlenmaterial für sinnvolle Auswertungen zusammenzustellen, andererseits aber den Umfang auf ein überschaubares Maß zu beschränken.

Die Güte der Auswertung hängt allerdings entscheidend davon ab, inwieweit die Berichtsstellen die neuen Konzepte inhaltlich umsetzen und inwieweit sie sich rasch auf das geänderte Erhebungsverfahren einstellen können. Von den meldepflichtigen Trägern der öffentlichen und freien Jugendhilfe ist in diesem Zusammenhang eine Menge zusätzlicher Arbeiten zu leisten. Ohne Unterstützung von außen, ohne Akzeptanz und Hilfestellung der vorgesetzten Stellen und der Fachverbände sind diese Aufgaben kaum zu bewältigen.

Literatur

Bekanntmachung der Neufassung des Achten Buches Sozialgesetzbuch vom 3. Mai 1993 (BGBl. I S. 637 mit

dem Wortlaut des Achten Buches Sozialgesetzbuch der seit 1. April 1993 geltenden Fassung

Gesetz zur Neuordnung des Kinder- und Jugendhilfrechts (KJHG) vom 26. Juli 1990 (BGBl. I S. 1363)

Gesetz zur Neuregelung der Leistungen an Asylbewerber vom 30. Juni 1993 (BGBl. I S. 1074 ff)

Gesetz zur Umsetzung des Föderalen Konsolidierungsprogramms -FKPG vom 23. Juni 1993 (BGBl. I S. 944f ff)

Hoffmann, U.: "Neuordnung der Jugendhilfestatistik" in Wirtschaft und Statistik 3/1991, HRSG. Statistisches Bundesamt Wiesbaden

Wohngeldgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 8. Januar 1991 (BGBl. I S. 13, geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 20. Juni 1991 (BGBl. I S. 1250) über Wohngeld für Empfänger von Leistungen der Sozialhilfe und Kriegsopferfürsorge (Fünfter Teil)

Gottfried Backes, M. A.

Namen und Schlüsselzahlen

Teil 1: Alphabetische Sortierung, Stand 1.5.1992

herausgegeben vom Landesamt für

Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen, 1992.

420 Seiten. Kartiert. DM 59,--.

ISBN 3-555-00950-8

Mit dem Tag der Wiedervereinigung hat sich die Zahl der Gemeinden und Verwaltungsbezirke von damals knapp 10.000 auf nunmehr annähernd 18.000 in den 16 Bundesländern erhöht. Damit entstand das Erfordernis, das Gemeindeverzeichnis sowohl für den Einsatz in der öffentlichen Verwaltung als auch für vielfältige organisatorische Maßnahmen der Wirtschaft und der Verbände zu ergänzen und auf den neuesten Stand zu bringen. Das ist mit der vorliegenden Veröffentlichung geschehen. Das Verzeichnis enthält die Gemeinden und Verwaltungsbezirke in alphabetischer Reihenfolge und der bundeseinheitlich strukturierten achtstelligen Schlüsselzahl, der Kreis- und Landeszugehörigkeit

Bühler, Hans Harro und Birgit Winterhalter:

Verzeichnisse sozialer Einrichtungen.

Ein Sammelverzeichnis. Hrsg.: Deutscher Caritasverband, 6.

neubearb. Aufl. - Freiburg. Lambertus-Verlag

(Postfach 10 26, 79010 Freiburg), 1993 - 52 S. 8,-- DM.

Wer Hilfe vermitteln will, kommt ohne Anschriftenverzeichnisse sozialer Einrichtungen und Dienste nicht mehr aus. Die vorliegende Bibliographie weist 290 Titel der verschiedensten staatlichen, freien gemeinnützigen und privaten Herausgeber nach, mit den notwendigen Daten einschließlich Inhaltsangabe, Preis und Bezugsquelle. Das Material ist übersichtlich nach zehn Fachbereichen gegliedert: Gesundheits-, Behinderten-, Jugend-, Fami-

lien-, Alten-, Gefährdetenhilfe, Hilfe für ausländische Mitbürger, für Ausländstätige und Auswanderer, Entwicklungshilfe, Ausbildungsstätten für soziale Berufe. Das Stichwortverzeichnis mit über 100 Nennungen sowie viele Querverweise erleichtern die weitere Erschließung des Stoffes. Auch "versteckte" Verzeichnisse werden nachgewiesen. Solange es kein regelmäßig erscheinendes regional und fachlich gegliedertes "Sozialadreßbuch" gibt, das in mehreren Bänden die Anschriften und einige wichtige Grunddaten aller sozialen Einrichtungen enthält, ist die vorliegende Bibliographie für die in der sozialen Arbeit - vor allem bera-tend - Tätigen unentbehrlich, um die für ihre jeweilige Aufgabe wichtigen Verzeichnisse auf Vorhandensein und neuesten Stand zu überprüfen.

Zahlenspiegel für das Saarland

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1991	1992				1993			
		Monats- durchschnitt		April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
Bevölkerung und Erwerbs- tätigkeit										
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	1 074,7	1 079,7	1 078,0	1 078,3	1 078,8
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
* Eheschließungen	Anzahl	588	579	484	733	737	398
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	6,6	6,4	5,5	8,0	8,3
* Lebendgeborene	Anzahl	921	913	885	912	886	955
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	10,3	10,1	10,0	10,0	10,0
* Gestorbene (ohne Totgeborene)	Anzahl	1 055	1 048	1 087	992	898	1 473
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	11,8	11,6	12,3	10,8	10,1
* Im 1. Lebensjahr Gestorbene	Anzahl	6	7	11	7	5	4
* je 1 000 Lebendgeborene	Anzahl	6,9
* Überschuß der Geborenen bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	- 134	- 135	- 202	- 80	- 12	- 518
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	- 1,5	- 1,5	- 2,3	- 0,9	- 0,1
Wanderungen										
über die Landesgrenze										
* Zugezogene	Anzahl	2 142	2 338	2 165	1 713	2 148
Ausländer	Anzahl	835	1 176	1 127	901	1 192
Erwerbstätige	Anzahl	566	571	565	480	560
* Fortgezogene	Anzahl	1 682	1 608	1 402	1 270	1 642
Ausländer	Anzahl	520	450	400	323	502
Erwerbstätige	Anzahl	625	621	519	523	630
* Wanderungssaldo	Anzahl	+ 461	+ 695	+ 763	+ 443	+ 506
Ausländer	Anzahl	+ 315	+ 726	+ 727	+ 578	+ 690
Erwerbstätige	Anzahl	- 59	- 50	+ 46	- 43	- 70
* innerhalb des Landes Umgezogene	Anzahl	2 747	3 094	2 598	2 667	2 974
Arbeitsmarkt										
* Arbeitslose	Anzahl	35 981	38 294	37 604	37 383	37 144	45 144	46 162	45 755	45 971
* Männer	Anzahl	21 707	23 462	22 940	22 831	22 652	28 880	29 057	28 646	28 760
Arbeitslosenquote	%	8,6	9,0	8,8	8,7	8,7	10,6	10,9	10,8	10,8
Kurzarbeiter	Anzahl	4 045	6 551	5 028	4 933	3 562	17 082	22 198	19 130	19 320
Offene Stellen	Anzahl	3 682	4 101	4 109	4 318	4 683	3 539	3 324	3 131	2 960
Landwirtschaft										
Viehbestand¹⁾										
* Rindvieh (einschl. Kälber)	Anzahl	65 149	63 547	-	-	66 440	-	-	-	64 249
Milchkühe	Anzahl	18 981	18 189	-	-	18 636	-	-	-	17 383
Schweine	Anzahl	33 832	31 276	33 945	-	-	-	31 749	-	-
Schlachtungen										
* Rinder	Anzahl	3 274	2 416	2 599	2 568	2 510	1 168	1 359	1 140	1 106
* Kälber	Anzahl	80	65	74	55	59	44	49	28	39
* Schweine	Anzahl	4 937	4 516	4 338	4 531	4 812	5 186	4 423	4 233	4 792
Schlachtmengen										
* Rinder	t	993	734	770	815	798	346	392	344	324
* Kälber	t	11	9	10	8	9	5	6	3	5
* Schweine	t	355	332	323	332	339	415	354	339	383
Milch										
* Milcherzeugung	1 000 t	8,6	8,1	8,8	9,3	8,4	8,2	8,2	8,6	7,8
* an Molkereien u. Händler geliefert	1 000 t	7,2	7,2	7,8	8,3	7,6	7,8	7,8	8,2	7,6
* Milchleistung je Kuh und Tag	kg	13,4	14,2	15,5	15,8	15,0	14,6	15,0	15,3	15,0
Produzierendes Gewerbe										
Bergbau und Verarb. Gewerbe²⁾										
Betriebe	Anzahl	630	620	617	617	619	605	604	601	601
* Beschäftigte	1 000	139	134	134	134	134	127	126	125	125
* Arbeiter ³⁾	1 000	107	102	103	103	102	96	95	94	94
* Geleistete Arbeiterstunden	1 000	13 733	13 138	13 501	12 963	13 040	13 461	11 888	11 400	11 822
Löhne und Gehälter	Mio. DM	592	608	559	596	633	539	531	528	548
* Löhne	Mio. DM	414	418	385	409	431	365	356	346	361
* Gehälter	Mio. DM	178	190	174	187	202	174	175	172	187
* Kohleverbrauch	1 000t SKE ⁴⁾	394	374	-	-	340	430	-	-	310
* Gasverbrauch ⁵⁾	Mio. m ³	69	68	-	-	68	67	-	-	59
* Heizölverbrauch	1 000 t	8	8	-	-	7	10	-	-	5
* leichtes Heizöl	1 000 t	4	4	-	-	-	-	-	-	-

Zahlenspiegel für das Saarland

Berichtsmerkmal	Einheit	1991	1992			1993			
		Monats- durchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
* schweres Heizöl	1 000 t	4	4	-	-	-	-	-	-
* Stromverbrauch	Mio. kWh	421	416	415	406	410	437	395	377
* Stromerzeugung	Mio. kWh	523	475	470	303	468	616	478	303
* Umsatz aus eigener Erzeugung	Mio. DM	2 491	2 510	2 589	2 327	2 429	2 684	2 176	2 034
* Auslandsumsatz	Mio. DM	750	785	741	704	737	841	641	615
Auftragseingang insgesamt ⁽⁶⁾	1985=100	126,0	128,6	138,4	126,1	124,8	129,5	108,7	112,1
aus dem Ausland	1985=100	99,6	104,7	102,6	102,8	104,0	104,9	90,8	94,7
Index der Nettoproduktion⁽⁷⁾ im									
Bergbau u. Verarbeitenden Gewerbe	1985=100	110,3	108,6	110,1	104,6	108,1	113,4	99,9	94,8
Bergbau	1985=100	85,4	83,2	80,8	73,9	82,0	88,1	77,2	71,4
* Grundstoff- u. Produktionsgütergew.	1985=100	94,6	91,8	96,3	93,3	91,4	98,4	87,8	86,4
Gewinnung und Verarbeitung von									
Steinen und Erden	1985=100	120,2	120,3	130,5	125,8	130,2	136,5	139,7	130,4
Eisenschaffende Industrie	1985=100	91,0	88,7	89,7	91,3	88,0	95,3	84,4	87,4
* Investitionsgüter produzierendes									
Gewerbe	1985=100	134,2	131,4	134,0	127,3	131,8	128,5	113,8	107,8
Straßenfahrzeugbau	1985=100	134,0	137,2	141,9	134,7	139,2	163,9	116,2	112,6
Maschinenbau	1985=100	134,2	121,5	123,0	112,0	114,0	78,2	100,8	102,4
Stahl- u. Leichtmetallbau	1985=100	97,6	95,4	84,0	87,3	96,5	77,6	97,0	75,2
* Verbrauchsgüter prod. Gewerbe	1985=100	101,7	95,2	101,9	92,7	86,1	106,5	91,9	87,3
* Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	1985=100	135,8	154,3	140,4	141,1	158,7	196,8	168,2	150,4
Prod. ausgewählter Erzeugnisse									
Steinkohleförderung	1 000 t	781	762	730	666	751	806	702	649
Roheisen	1 000 t	333	316	312	313	309	326	312	308
Rohstahl	1 000 t	380	369	369	374	370	383	357	347
Walzstahlfertigerzeugnisse	1 000 t	269	264	264	271	265	294	259	268
Handwerk⁽⁸⁾									
* Beschäftigte (Ende des Vierteljahres)	1976=100	107,7	109,7	-	-	108,8	109,1	-	-
* Umsatz	VjD								
(ohne Umsatzsteuer)	1976=100	205,9	217,5	-	-	216,5	184,4	-	-
Öffentliche Energieversorgung									
* Stromerzeugung (brutto)	Mio. kWh	1 171	1 079	1 086	749	864	1 254	977	733
* Stromverbrauch	Mio. kWh	772	766	721	677	641	834	713	669
* Gaserzeugung	Mio. m ³	66	63	65	66	65	62	58	55
Bauwirtschaft und Wohnungswesen									
Bauhauptgewerbe									
* Beschäftigte	Anzahl	17 372	17 301	17 237	17 328	17 396	16 859	16 972	17 013
dar.: Facharbeiter	Anzahl	9 378	9 095	9 162	9 185	9 191	8 739	8 800	8 814
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000	1 797	1 808	1 926	1 874	1 956	1 882	1 906	1 805
* Wohnungsbau	1 000	545	556	569	580	598	568	595	582
* Gewerblicher u. industrieller Bau ⁽⁹⁾	1 000	583	553	578	550	577	576	581	544
* Öffentlicher und Verkehrsbau	1 000	669	699	779	744	781	738	730	679
Hochbau	1 000	130	137	137	129	136	144	155	128
Tiefbau	1 000	539	562	642	615	645	594	575	551
Löhne und Gehälter	Mio. DM	61,8	67,2	61,9	66,0	66,8	64,1	66,1	65,2
* Löhne	Mio. DM	49,5	52,9	49,4	52,8	53,6	50,8	52,2	51,2
* Gehälter	Mio. DM	12,3	14,3	12,5	13,2	13,2	13,3	13,9	14,0
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mio. DM	190,2	213,7	190,4	203,9	220,8	188,5	216,4	211,3
Auftragseingang ⁽²⁾	Mio. DM	140,9	161,0	234,5	144,1	221,5	189,0	167,4	113,3
Wohnungsbau	Mio. DM	19,9	21,9	19,4	24,7	24,7	50,8	28,5	21,6
Gewerblicher u. industrieller Bau ⁽⁹⁾	Mio. DM	50,2	61,0	48,0	40,5	126,4	85,5	75,4	28,9
Öffentlicher und Verkehrsbau	Mio. DM	70,8	78,1	167,1	78,9	70,4	52,7	63,5	62,8
Baugenehmigungen									
* Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	157	170	236	179	214	246	231	216
* mit 1 Wohnung	Anzahl	113	117	160	127	149	161	155	145
* mit 2 Wohnungen	Anzahl	30	37	54	36	46	58	54	41
* mit 3 und mehr Wohnungen ⁽¹⁰⁾	Anzahl	14	16	22	16	19	27	22	30
* Umbauter Raum	1 000 m ³	184	205	285	213	278	306	305	287
* Wohnfläche	1 000 m ²	28,9	32,7	45,2	33,9	43,0	48,9	50,5	41,4
Wohnräume	Anzahl	1 363	1 548	2 116	1 603	2 185	2 246	2 346	2 208
Veranschlagte Kosten d. Bauwerke	Mio. DM	60,0	70,5	97,2	73,2	94,5	112,1	109,8	103,2
* Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	24	26	29	26	30	16	29	19
* Umbauter Raum	1 000 m ³	110	154	166	128	170	41	99	236
* Nutzfläche	1 000 m ²	18,3	23,9	24,9	21,7	27,5	6,9	19,1	37,8
Veranschlagte Kosten d. Bauwerke	Mio. DM	23,8	43,8	27,7	32,4	45,0	11,8	21,6	26,3
* Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	350	396	506	410	521	537	572	475

Zahlungsspiegel für das Saarland

Berichtsmerkmal	Einheit	1991	1992				1993			
		Monats- durchschnitt		April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
Handel und Gastgewerbe										
Ausfuhr (Spezialhandel)										
* Ausfuhr insgesamt	Mio. DM	903,4	936,1	996,0	943,3	874,0				
Nach Warengruppen										
* Ernährungswirtschaft	Mio. DM	20,1	24,5	23,3	20,0	23,8				
* Gewerbliche Wirtschaft	Mio. DM	882,7	911,6	972,7	923,2	850,2				
* Rohstoffe	Mio. DM	5,3	5,1	...	4,2	3,6				
* Halbwaren	Mio. DM	39,6	33,4	40,6	22,2	42,7				
* Fertigwaren	Mio. DM	831,3	873,1	926,3	896,9	803,9				
Nach ausgew. Verbrauchsländern										
* EG-Länder	Mio. DM	641,8	689,8	755,1	676,3	666,5				
dar. Frankreich	Mio. DM	240,4	255,2	280,7	261,0	213,9				
* EFTA-Länder	Mio. DM	122,4	114,6	130,3	144,1	104,7				
* USA und Kanada	Mio. DM	41,8	35,2	37,9	30,8	27,4				
* Entwicklungsländer mit OPEC-L.	Mio. DM	57,1	45,7	32,8	52,1	36,5				
* Staatshandelsländer in Asien	Mio. DM	2,9	4,9	3,0	4,1	2,6				
* Mittel- u. osteuropäische Länder ¹¹⁾	Mio. DM	15,8	29,6	23,3	24,3	24,5				
Einfuhr (Spezialhandel)										
Einfuhr insgesamt	Mio. DM	625,0	553,5	614,8	500,0	544,2				
Nach Warengruppen										
Ernährungswirtschaft	Mio. DM	112,8	118,3	128,9	108,3	110,6				
Gewerbliche Wirtschaft	Mio. DM	512,2	435,1	485,8	391,8	433,6				
Aus ausgewählten Ländern										
EG-Länder	Mio. DM	511,4	462,7	512,1	401,1	446,8				
dar. Frankreich	Mio. DM	398,7	355,6	393,6	305,9	347,1				
EFTA-Länder	Mio. DM	21,9	18,3	15,0	18,6	16,9				
USA und Kanada	Mio. DM	13,4	10,3	9,3	11,7	9,6				
Entwicklungsländer mit OPEC-L.	Mio. DM	35,7	45,7	37,0	33,0	35,4				
Staatshandelsländer in Asien	Mio. DM	2,8	2,3	2,8	1,7	2,0				
Mittel- u. osteuropäische Länder ¹¹⁾	Mio. DM	16,0	14,7	19,1	18,8	16,8				
Einzelhandel										
Nominale Umsatzentwicklung insges.	1986=100	131,2	132,4	137,0	129,3	125,5	136,0	135,0	123,5	124,8
Nahrungsm., Getränke, Tabakw.	1986=100	113,3	113,2	119,0	112,1	112,8	118,3	117,2	108,9	112,1
Textilien, Bekleidung, Schuhe, Lederwaren	1986=100	111,5	114,3	116,7	111,0	93,4	117,6	124,0	102,0	95,4
Einrichtungsgegenstände (ohne Elektrotechn. usw.)	1986=100	142,2	150,2	150,7	145,9	136,2	177,1	164,3	167,4	172,8
Elektrotechn. Erzeugnisse, Musikinstrumente usw.	1986=100	101,1	98,6	88,1	75,9	84,4	84,7	81,4	79,7	80,4
Papierwaren, Druckerzeugnisse, Büromaschinen	1986=100	122,5	124,0	109,9	97,1	97,0	106,7	103,4	98,9	96,8
Pharmazeutische, kosmetische u. medizinische Erzeugnisse usw.	1986=100	122,8	130,8	129,0	123,9	130,0	116,2	115,6	112,1	118,4
Kraft- u. Schmierstoffe (Tankstelle)	1986=100	110,2	117,9	119,1	112,0	105,7	138,8	123,3	102,9	110,2
Fahrzeuge, Fahrzeugteile u. -reifen	1986=100	163,3	155,5	174,9	166,4	160,5	177,3	168,5	144,3	147,6
Sonstige Waren	1986=100	145,4	148,7	151,2	141,9	137,4	143,4	147,8	135,4	136,6
Reale Umsatzentwicklung insgesamt	1985=100	121,8	119,9	123,7	116,2	112,8	120,3	119,1	109,0	110,4
Entwicklung der Beschäftigtenzahl	1986=100	110,3	111,1	110,0	110,8	110,8	111,2	110,3	110,2	110,1
Gastgewerbe										
* Umsatz	1986=100	115,2	119,0	120,4	121,8	113,2	110,8	120,4	120,3	120,5
Beherbergungsgewerbe	1986=100	124,5	128,1	125,6	140,6	128,0	117,9	126,5	125,9	134,6
Gaststättengewerbe	1986=100	114,4	117,8	120,4	119,4	110,7	109,6	119,8	117,9	116,3
Beschäftigte	1986=100	102,1	102,2	104,3	104,7	104,8	99,7	98,0	101,0	98,9
Fremdenverkehr										
* Fremdenmeldungen	Anzahl	44 442	45 529	43 219	52 917	52 097	46 642	44 595	53 859	57 774
* Ausländer	Anzahl	4 875	5 147	4 718	5 789	5 950	4 428	5 225	6 053	5 627
* Fremdenübernachtungen	Anzahl	147 322	155 326	149 042	173 408	169 203	150 010	150 698	172 671	173 059
* Ausländer	Anzahl	11 631	12 283	10 540	12 748	15 591	10 661	10 572	12 217	11 946
Verkehr										
Binnenschifffahrt										
* Bergverkehr Mosel ¹²⁾	1 000 t	434	428	453	356	481	-	-	-	-
* Talverkehr Mosel ¹²⁾	1 000 t	268	278	338	265	321	-	-	-	-
* Ankunft Saar	1 000 t	258	258	309	250	267	272	222	255	...
* Abgang Saar	1 000 t	60	63	64	34	63	86	83	75	...
Straßenverkehr										
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrz.	Anzahl	5 022	45 662	5 688	5 266	4 946	5 553	4 978	3 928	4 120
* Personen- u. Kombinationskraftw.	Anzahl	4 582	4 195	4 938	4 632	4 351	4 712	4 245	3 362	3 505
Bestand an Kraftfahrzeugen ¹³⁾	Anzahl	619 776	629 405	-	-	629 405	-	-	-	639 187
Personen- u. Kombinationskraftw.	Anzahl	549 892	556 843	-	-	556 843	-	-	-	563 562

Durch ein neues Datenerhebungssystem für die Statistiken des Warenverkehrs zwischen den Mitgliedstaaten ab dem 1.1.93 stehen uns z. Zt. noch keine Zahlen zur Verfügung.

Zahlenspiegel für das Saarland

Berichtsmerkmal	Einheit	1991	1992				1993			
		Monats- durchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni	
Straßenverkehrsunfälle	Anzahl	2 759	2 419	2 289	2 638	2 390	2 093	2 112	2 246	2 107
* Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	443	444	385	570	500	380	457	452	466
Unfälle nur mit Sachschaden	Anzahl	2 316	1 975	1 904	2 068	1 890	1 713	1 655	1 794	1 641
Verunglückte Personen	Anzahl	594	590	511	735	625	499	615	583	605
dar. Getötete	Anzahl	8	7	3	5	4	4	11	3	8
Straßenverkehrsunternehmen¹⁴⁾										
Wagenkilometer insgesamt	1 000	4 700	4 709	-	-	14 434	12 670	-	-	...
Beförderte Personen insgesamt	1 000	6 145	6 161	-	-	17 061	19 768	-	-	...
Erlöse aus Beförderungen insges.	1 000 DM	10 364	10 692	-	-	32 866	29 701	-	-	...
Geld und Kredit¹⁵⁾										
Kredite und Einlagen¹⁶⁾										
(Stand am Jahres- bzw. Monatsende)										
* Kredite an Nichtbanken insgesamt ¹⁷⁾	Mio. DM	25 845	27 929	.	.	26 796	28 373	.	.	28 601
* Kredite an inländische Nichtbanken	Mio. DM	25 265	26 977	.	.	26 143	27 368	.	.	27 530
an Unternehmen u. Privatpersonen	Mio. DM	21 446	23 340	.	.	22 464	23 829	.	.	24 048
an öffentliche Haushalte	Mio. DM	3 819	3 637	.	.	3 679	3 539	.	.	3 482
* Kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	Mio. DM	4 955	5 738	.	.	5 460	5 924	.	.	5 828
an Unternehmen u. Privatpers.	Mio. DM	4 537	5 286	.	.	5 115	5 565	.	.	5 428
an öffentliche Haushalte	Mio. DM	418	452	.	.	345	359	.	.	400
* Mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre)	Mio. DM	1 657	1 737	.	.	1 729	1 795	.	.	1 776
an Unternehmen u. Privatpers.	Mio. DM	1 482	1 615	.	.	1 528	1 593	.	.	1 601
an öffentliche Haushalte	Mio. DM	175	122	.	.	201	202	.	.	175
* Langfr. Kredite (mehr als 4 Jahre) ¹⁸⁾	Mio. DM	18 653	19 502	.	.	18 954	19 649	.	.	19 926
an Unternehmen u. Privatpers.	Mio. DM	15 427	16 439	.	.	15 821	16 671	.	.	17 019
an öffentliche Haushalte	Mio. DM	3 226	3 063	.	.	3 133	2 978	.	.	2 907
* Einlagen von Nichtbanken insges. ¹⁹⁾	Mio. DM	26 160	28 039	.	.	26 518	27 645	.	.	28 012
Sichteinlagen	Mio. DM	4 123	4 857	.	.	3 989	4 228	.	.	4 388
von Unternehmen u. Privatpers.	Mio. DM	3 834	4 455	.	.	3 789	3 976	.	.	4 149
von öffentlichen Haushalten	Mio. DM	203	271	.	.	126	151	.	.	149
Termingelder ²⁰⁾	Mio. DM	8 129	8 779	.	.	8 695	9 029	.	.	9 209
von Unternehmen u. Privatpers.	Mio. DM	6 522	7 069	.	.	7 048	7 349	.	.	7 517
von öffentlichen Haushalten	Mio. DM	1 419	1 481	.	.	1 446	1 465	.	.	1 463
* Spareinlagen	Mio. DM	10 436	10 610	.	.	10 258	10 621	.	.	10 636
bei Sparkassen	Mio. DM	6 126	6 243	.	.	5 999	6 267	.	.	6 277
Sparbriefe ²¹⁾	Mio. DM	3 149	3 159	.	.	3 243	3 119	.	.	3 079
Durchlaufende Kredite	Mio. DM	323	634	.	.	333	648	.	.	700
* Gutschriften auf Sparkonten ²²⁾	Mio. DM	5 699	6 665	.	.	1 287	1 999	.	.	1 626
* Lastschriften auf Sparkonten ²²⁾	Mio. DM	6 148	7 000	.	.	1 367	1 996	.	.	1 629
Zahlungsschwierigkeiten²³⁾										
Konkurse insgesamt ²⁴⁾	Anzahl	251	316	28	27	31	26	32	39	26
eröffnete Konkurse	Anzahl	49	64	2	3	6	11	3	7	5
Angemeldete Forderungen insgesamt	1 000 DM	101 886	104 547	9 454	9 650	9 066	12 558	18 397	25 406	4 325
bei eröffneten Konkursen	1 000 DM	68 047	62 123	290	5 242	3 491	10 882	3 200	18 550	2 072
Vergleichsverfahren	Anzahl	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Wechselproteste ²²⁾²⁵⁾	Anzahl	2 277	2 535	.	.	590	581	.	.	431
Wechselsumme ²²⁾	Mio. DM	16	14	.	.	4	4	.	.	2
Unbezahlt gebliebene Schecks ²²⁾	Anzahl	12 839	14 582	.	.	3 569	3 476	.	.	3 530
Schecksumme ²²⁾	Mio. DM	43	42	.	.	10	10	.	.	21
Steuern										
Steueraufkommen nach Steuerarten im Saarland										
* Gemeinschaftssteuern	1 000 DM	530 659	566 101	517 414	507 773	645 131	570 538	296 834	502 773	569 364
* Steuern vom Einkommen	1 000 DM	288 641	309 937	221 987	239 495	395 159	406 866	- 1 659	245 085	340 724
* Lohnsteuer	1 000 DM	234 820	257 860	214 187	236 592	225 990	220 759	214 768	248 271	234 004
* Veranlagte Einkommensteuer	1 000 DM	15 875	14 587	- 24 535	- 7 345	54 995	89 438	- 29 893	- 20 804	56 521
* Körperschaftsteuer	1 000 DM	25 526	33 272	31 064	5 742	112 693	95 082	- 192 874	10 308	43 219
* Steuern vom Umsatz	1 000 DM	242 019	256 165	295 427	268 278	249 972	163 672	298 493	257 688	228 640
* Umsatzsteuer	1 000 DM	117 101	135 698	162 411	143 439	131 765	154 019	287 875	248 332	219 124
* Einfuhrumsatzsteuer	1 000 DM	124 918	120 466	133 016	124 839	118 207	9 653	10 618	9 356	9 516
* Bundessteuern	1 000 DM	17 792	20 746	26 278	24 068	34 285	14 668	5 056	6 193	6 490
* Landessteuern ²⁶⁾	1 000 DM	34 164	36 610	38 424	63 438	39 801	48 355	34 840	42 799	36 968
* Gemeindesteuern ²⁷⁾	1 000 DM	48 620	53 778	-	171 249	-	-	-	144 549	-
Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaften										
* Steuereinnahmen des Bundes	1 000 DM	293 016	310 489	304 822	279 840	363 878	245 972	128 413	258 834	288 268
* Anteil an den Steuern vom Eink.	1 000 DM	125 519	134 535	96 770	102 554	176 506	180 168	- 14 877	105 663	148 574
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	1 000 DM	147 547	152 784	181 728	147 794	153 117	52 719	138 025	143 778	133 279
* Anteil an der Gewerbesteuerumlage	1 000 DM	2 158	2 424	46	5 424	- 30	- 1 583	209	3 200	- 75
* Steuereinnahmen des Landes	1 000 DM	256 313	276 950	248 939	291 901	313 132	337 893	180 640	265 572	280 828

Zahlenspiegel für das Saarland

Berichtsmerkmal	Einheit	1991	1992				1993			
		Monats- durchschnitt		April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
* Anteil an den Steuern vom Eink.	1 000 DM	125 519	133 809	96 770	102 554	176 506	180 168	- 14 877	105 663	148 574
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	1 000 DM	94 472	101 891	113 699	120 485	96 855	110 953	160 468	113 910	95 361
* Anteil an der Gewerbesteuerumlage	1 000 DM	2 158	2 424	46	5 424	- 30	- 1 583	209	3 200	- 75
* Steuereinnahmen der Gemeinden u. Gemeindeverbände ²⁷⁾	1 000 DM	82 458	90 315	-	275 907	-	-	-	265 028	-
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (netto)	1 000 DM	28 851	34 988	-	110 642	-	-	-	87 634	-
* Anteil an der Lohn- u. veranlagten Einkommensteuer	1 000 DM	38 241	41 168	-	116 233	-	-	-	127 422	-
Preise										
Preisindex für die Lebenshaltung²⁸⁾										
Lebenshaltung insgesamt	1985=100	110,3	114,1	113,7	113,9	114,2	117,9	118,0	118,0	118,3
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakw.	1985=100	105,1	108,2	108,6	108,7	109,2	110,5	110,6	110,5	110,8
Bekleidung, Schuhe	1985=100	113,7	116,4	115,7	116,1	116,2	119,3	118,6	119,0	119,0
Wohnungsmieten, Energie (ohne Kraftstoffe)	1985=100	110,6	113,6	112,7	112,9	113,1	117,7	117,8	117,8	117,8
Wohnungsmieten	1985=100	117,1	121,5	120,4	120,5	120,8	126,5	126,5	126,5	126,6
Energie (ohne Kraftstoffe)	1985=100	92,8	92,2	92,0	92,2	92,2	93,8	94,0	94,2	93,8
Möbel, Haushaltsgeräte u.a. Güter für die Haushaltsführung	1985=100	109,8	113,4	112,8	113,2	113,3	116,7	116,8	117,2	117,3
Güter für die Gesundheits- u. Körperpflege	1985=100	116,6	121,3	120,7	120,9	121,2	127,8	127,7	127,9	128,2
Güter für Verkehr und Nachrichtenübermittlung	1985=100	112,9	118,1	117,7	118,3	118,7	122,7	123,2	123,3	123,6
Güter für Bildung, Unterhalt., Freizeit (ohne Dienstleistungen des Gastgewerbes)	1985=100	108,1	112,5	112,2	112,1	112,2	116,3	116,3	116,4	116,4
Güter für die persönl. Ausstattung, Dienstleistungen des Beherbergungsgewerbes sowie Güter sonstiger Art	1985=100	119,2	125,1	123,7	124,5	125,2	131,6	131,6	132,1	133,0
Löhne und Gehälter²⁹⁾										
Arbeiter in der Industrie (einschl. Hoch- und Tiefbau mit Handwerk)										
Bruttowochenverdienste										
* Arbeiter	DM	886	934	924			981			
* darunter Facharbeiter	DM	926	977	970			1 031			
* Arbeiterinnen	DM	613	647	641			644			
* darunter Hilfsarbeiterinnen	DM	608	637	637			633			
Bruttostundenverdienste										
* Arbeiter	DM	22,51	23,68	23,41			25,42			
* darunter Facharbeiter	DM	23,34	24,58	24,41			26,36			
* Arbeiterinnen	DM	16,21	17,17	16,88			17,97			
* darunter Hilfsarbeiterinnen	DM	16,02	16,92	16,73			17,85			
Bruttomonatsverdienste der Angestellten in Industrie (einschl. Hoch- und Tiefbau mit Handwerk)										
* kaufmännische Angestellte										
* männlich	DM	5 168	5 472	5 393			5 410			
* weiblich	DM	3 539	3 782	3 695			3 727			
* technische Angestellte,										
* männlich	DM	5 796	6 067	5 968			5 831			
* weiblich	DM	3 563	3 759	3 649			3 527			
* in Handel, Kreditwesen und Vers.										
* kaufmännische Angestellte										
* männlich	DM	4 428	4 596	4 602			4 807			
* weiblich	DM	3 082	3 142	3 102			3 329			

1) In den Monaten mit "-" findet keine Zählung der betreffenden Viehart statt.- 2) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten.- 3) Einschl. gewerblich Auszubildender.- 4) Eine Tonne Steinkohleneinheit (t SKE) = 1 t Steinkohle oder -briketts = 1,3 t Steinkohlenkoks = 1,46 t Braunkohlenbriketts = 3,85 t Rohbraunkohle.- 5) Umgerechnet auf einen Heizwert von 8 400 kcal/m³.- 6) Verarbeitendes Gewerbe ohne Nahrungs- und Genußmittelgewerbe.- 7) Kalendermonatlich.- 8) Ohne handwerkliche Nebenbetriebe.- 9) Einschl. landwirtschaftlicher Bau.- 10) Einschließlich Wohnheime.- 11) Ehemalige Staatshandelsländer in Europa.- 12) Ab 1.1.93 fällt die Grenzübergangsstelle Perl/Apach weg.- 13) Jahresende bzw. 30. Juni.- 14) Ab Oktober 1984 vierteljährliche Erhebung bei allen Unternehmen mit 6 und mehr Bussen.- 15) Statt MD Bestand am Jahresende.- 16) Ohne Kredite von -/und Einlagen bei der Landeszentralbank im Saarland.- 17) Ohne Schatzwechselskredite, Wertpapierbestände, Ausgleichs- und Deckungsforderungen; einschließlich Kredite an Bausparkassen.- 18) Einschl. durchlaufende Kredite.- 19) Einschließlich Verbindlichkeiten gegenüber Bausparkassen.- 20) Einschließlich Verbindlichkeiten aus Namensschuldverschreibungen.- 21) Ohne Verbindlichkeiten aus nicht börsenfähigen Inhaber-Sparschuldverschreibungen, Sparkassenobligationen u.ä.; einschließlich Namensparschuldverschreibungen.- 22) Ab 1992 kumulierte Quartalsbestände.- 23) Jahresergebnis statt MD.- 24) Eröffnete und mangels Masse abgelehnte Konkursverfahren.- 25) Ohne Proteste von Privaten durch Gerichtsvollzieher, Notare und Postanstalten.- 26) Einschließlich der steuerähnlichen Abgaben.- 27) Vierteljahreszahlen.- 28) 4-Personen-Haushalte von Arbeitern und Angestellten mit mittlerem Einkommen.- 29) Ergebnisse werden nur in den Monaten Januar, April, Juli und Oktober ermittelt, ab Januar 1992: neuer Berichtskreis.

r = revidierte Ergebnisse

Bundeszahlen alte Bundesländer

Berichtsmerkmal	Einheit	1991	1992				1993			
		Monats- durchschnitt		April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
Bevölkerung	1 000	64 680	64 757
Arbeitslose	1 000	1 689	1 808	1 747	1 704	1 715	2 223	2 197	2 148	2 166
Männer	1 000	898	983	946	918	921	1 273	1 233	1 198	1 204
Bergbau u. Verarb. Gewerbe¹⁾										
Beschäftigte	1 000	7 515	7 333	7 382	7 355	7 357	6 946	6 884	6 846	6 823
Geleistete Arbeiterstunden	Mio. Std.	663	637	659	627	636	634	589	551	573
Gesamtumsatz	Mio. DM	162 463	162 969	165 591	157 536	167 794	167 307	151 547	143 547	158 025
Index der Nettoprod. ²⁾ im Bergbau										
und Verarbeitenden Gewerbe	1985=100	120,6	119,0	121,4	116,2	122,4	122,0	109,3	105,6	113,4
Bergbau	1985=100	82,4	79,6	80,5	76,2	75,0	84,4	69,4	67,3	65,9
Grundstoff- u. Produktionsgütergew.	1985=100	112,0	113,7	116,3	114,1	116,2	118,0	110,9	107,2	114,9
Investitionsgüter prod. Gewerbe	1985=100	125,7	122,5	126,7	120,2	128,9	123,0	108,1	104,7	113,3
Verbrauchsgüter prod. Gewerbe	1985=100	123,0	120,3	122,3	114,0	119,5	128,8	112,8	106,8	113,8
Nahrungs- u. Genußmittelgewerbe	1985=100	129,1	127,9	122,3	118,7	127,6	131,4	120,0	117,8	126,2
Steinkohlenförderung	1 000 t	6 022	5 492	5 552	5 205	5 293	5 674	4 888	4 527	4 422
Rohbraunkohlenförderung ³⁾	1 000 t	23 284	20 151	19 556	18 504	17 899	20 117	18 094	16 783	17 088
Produktion von Rohstahl	1 000 t	3 438	3 309	3 368	3 674	3 343	3 295	3 188	2 994	3 384
Roheisen	1 000 t	2 555	2 379	2 460	2 655	2 407	2 273	2 248	2 220	2 399
Walzstahl	1 000 t	2 656	2 617	2 628	2 734	2 744	2 880	2 498	2 315	2 689
Bauhauptgewerbe³⁾										
Beschäftigte	1 000	1 061	1 076	1 075	1 082	1 087	1 044	1 059	1 063	1 070
Löhne und Gehälter	Mio. DM	3 893,9	4 255,7	3 941,5	4 142,6	4 316,7	4 016,0	4 173,7	4 179,0	4 457,1
Geleistete Arbeitsstunden insgesamt	1 000 Std.	110 883	114 674	123 274	119 651	125 723	116 159	120 323	116 368	128 568
für Wohnungsbau	1 000 Std.	41 014	43 501	46 934	45 710	47 776	46 129	48 455	47 264	52 401
für gewerbli. und industriellen Bau	1 000 Std.	34 154	34 847	36 646	35 327	37 236	35 437	34 072	32 411	35 637
Index der Nettoproduktion ²⁾	1985=100	127,3	136,4	146,1	142,3	150,1	139,7	146,2	142,1	157,5
Handel (früheres Bundesgebiet)										
Einfuhr (Spezialhandel)	Mio. DM	52 755	52 350	57 377	50 349	48 580	Durch ein neues Datenerhebungs- system für die Statistiken des Wa- renverkehrs zwischen den Mit- gliedstaaten ab dem 1.1.93 stehen uns z.Zt. noch keine Zahlen zur Verfügung.			
Ernährungswirtschaft	Mio. DM	5 618	5 739	6 815	5 802	5 151				
Gewerbliche Wirtschaft	Mio. DM	46 573	45 887	49 876	44 117	42 889				
Ausfuhr (Spezialhandel)	Mio. DM	54 030	54 759	59 193	51 082	50 548				
Gewerbliche Wirtschaft	Mio. DM	50 991	51 564	55 636	48 479	47 463				
Fertigwaren	Mio. DM	47 613	48 282	51 988	45 405	44 227				
Einzelhandelsumsätze in jew. Preisen	1985=100	136,4	137,5	140,8	133,0	129,5	143,6	141,8	127,5	129,7
Preise										
Index der Erzeugerpreise land- wirtschaftlicher Produkte ³⁾	1985=100	94,1	91,9	97,3	96,7	96,3	88,3	87,2	86,4p	86,5p
Index der Erzeugerpreise gewerbli. Produkte (Inlandsabsatz)	1985=100	103,4	104,8	104,9	105,1	105,2	104,9	105,0	104,8	104,8
Preisindex für Wohngebäude ⁴⁾	1985=100	124,3	131,3		131,0				137,4	
Preisindex für die Lebenshaltung ⁵⁾										
Lebenshaltung insgesamt	1985=100	110,7	115,1	114,5	115,0	115,2	119,0	119,4	119,8	120,0
Nahrungsm., Getränke, Tabakw.	1985=100	108,6	112,1	112,5	113,1	113,2	114,2	114,8	115,2	115,1
Bekleidung, Schuhe	1985=100	110,1	113,3	112,7	113,0	113,0	115,9	116,0	116,4	116,4
Wohnungsmieten	1985=100	117,3	123,8	122,3	122,9	123,4	129,5	129,9	130,4	130,9
Energie (ohne Kraftstoffe)	1985=100	89,4	89,8	89,8	90,1	90,1	91,3	91,2	91,1	90,7
Möbel, Haushaltsgeräte u. andere Güter für die Haushaltsführung	1985=100	110,5	114,4	113,8	114,2	114,4	117,2	117,5	118,0	118,1
Geld und Kredit⁶⁾										
Bargeldumlauf	Mrd. DM	195	227	192	194	195	215	216	219	219
Einlagen inländischer Nichtbanken bei Kreditinstituten	Mrd. DM	2 463	2 568	2 455	2 471	2 486	2 557	2 565	2 584	2 605
Spareinlagen	Mrd. DM	754	771	744	743	743	779	781	783	786
Kredite an ⁷⁾										
Unternehmen und Privatpersonen ⁸⁾	Mrd. DM	2 518	2 736	2 591	2 608	2 645	2 776	2 785	2 800	2 825
Öffentliche Haushalte	Mrd. DM	629	739	652	650	652	759	763	771	776
Steuern (ab 1970 ohne durchlfd. Posten)										
Kassenmäßige Einn. aus Bundes- ⁹⁾ und Landessteuern	Mio. DM	51 279	56 813	45 460	48 980	67 597	63 520	46 527	49 892	69 144
Veranlagte Einkommensteuer	Mio. DM	3 461	3 484	- 960	- 238	9 954	10 404	- 1 526	- 1 507	9 549
Umsatz- und Umsatzausgleichsteuer	Mio. DM	15 705	16 395	15 252	16 485	15 794	14 982	16 877	17 797	17 653
Zölle	Mio. DM	692	645	671	641	600	663	653	579	566
Tabaksteuer	Mio. DM	1 538	1 604	1 437	1 841	1 476	1 550	1 485	1 581	1 687
Brantweinmonopol	Mio. DM	438	462	469	400	504	628	333	367	365

1) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten.- 2) Kalendermonatlich, für fachliche Unternehmenseinheiten.- 3) Ohne Umsatz- (Mehrwert-) steuer und ohne Aufwertungsabgleich. Die Entwicklung der Indizes sowohl mit als auch ohne MwSt. ist identisch.- 4) Wird nur für die Monate Februar, Mai, August und November berechnet.- 5) Aller privaten Haushalte.- 6) Stand am Monatsende; statt MD Bestand am Jahresende.- 7) Kredite aller Kreditinstitute an Nichtbanken.- 8) Einschließlich Deutsche Bundesbahn und Deutsche Bundespost.- 9) ab 1991 einschließlich neue Bundesländer.- r = revidierte Werte

ANHANG

Mitteilungen des Amtes

Gebäude und Wohnungen werden gezählt

Zum Stichtag 30. September findet eine Gebäude- und Wohnungsstichprobe in allen 16 Bundesländer statt. Dabei wird eine repräsentative Auswahl von 1 Prozent aller Wohnungen in die Stichprobe aufgenommen.

Mit jeweils gesonderten Erhebungsbogen werden Gebäudeeigentümer über ihre Gebäude, Wohnungsinhaber bzw. Haushalte über ihre Wohnungen befragt.

Im Saarland wird die Erhebung in allen 52 Städten und Gemeinden durchgeführt. Dazu werden grundsätzlich Erhebungsbeauftragte des Statistischen Landesamtes eingesetzt, die für ihren Auftrag besonders geschult und zur Geheimhaltung verpflichtet sind.

Mit Hilfe der Ergebnisse wird unter anderem festgestellt, wie die Menschen in den verschiedenen Regionen wohnen, durch welche Merkmale (z.B. Größe, Heizungssystem usw) die Wohnungen gekennzeichnet sind, welche Unterschiede in der Wohnungsversorgung zwischen den verschiedenen Gruppen der Bevölkerung bestehen und welche Mietbelastungen auftreten. Aufgrund dieser Erkenntnisse können z.B. die von Bund und Ländern vorgesehenen Fördermittel gezielter und effektiver eingesetzt werden.

Die Zählung ist durch ein Gesetz angeordnet, das Bundesrat und Bundestag im März diesen Jahres verabschiedet haben.

"Wahlen in den Gemeinden 1970 - 1990" **eine Dokumentation der Wahlen im Saarland**

Im letzten Jahrzehnt hat sich die Parteienlandschaft insbesondere durch das Auftreten neuer politischer Gruppen verändert. Das Statistische Landesamt hat diese Situation zum Anlaß genommen, eine Sonderveröffentlichung herauszugeben, in der über einen Zeitraum von 20 Jahren Wahldaten hauptsächlich auf Stadt- und Gemeindeebene dargestellt werden.

Ergänzt wird dieses Kompendium durch demographische Daten sowie Grafiken, die die Entwicklung der Stimmabgabe für die einzelnen Parteien bei den verschiedenen Wahlarten verdeutlichen.

VIII. Arbeitsmarkt, Löhne, Sozialversicherung

1. Zahl der Beschäftigten, der Arbeitslosen und der unterstützten Erwerbslosen im Saargebiet 1921—1934

	Zahl der Beschäftigten	Zahl der bei den Arbeitsnachweisen gemeldeten Arbeitslosen	% der Arbeitslosen von den Beschäftigten	Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Erwerbslosenfürsorge
Jahresdurchschnitt				
1921	175 080	2 771	1,58	161
1922	184 324	2 262	1,22	106
1923	188 241	4 115	2,22	512
1924	195 068	1 878	0,97	341
1925	199 825	1 933	1,02	729
1926	198 943	2 393	1,21	1 317
1927	199 109	2 976	1,50	2 188
1928	190 527	3 871	2,04	3 076
1929	184 431	6 591	3,53	5 410
1930	177 387	9 286	5,24	8 300
1931	159 848	20 963	13,11	16 896
1932	137 359	41 441	30,17	28 706
1933	144 282	38 749	26,86	25 902
Am Monatsende				
1934				
Januar	141 660	40 719	28,74	34 885
Februar	142 764	39 749	27,84	34 012
März	144 995	37 223	25,67	31 733
April	147 877	34 112	23,07	28 004
Mai	148 528	32 797	22,08	26 877
Juni	149 291	32 042	21,46	26 177
Juli	149 460	31 954	21,38	26 129
August	149 572	32 055	21,43	26 403
September	149 712	32 077	21,43	26 410
Oktober	148 722	32 539	21,88	26 754
November	148 092	33 594	22,68	27 586
Dezember	145 871	35 636	24,43	29 574

¹⁾ Ab Februar 1933 ist die Statistik der Beschäftigten um die Zahl der auf nicht saarländischen Gruben beschäftigten und ab Mai 1933 ausser dem noch um die in nicht saarländischen sonstigen Betrieben beschäftigten Arbeitnehmer erweitert worden. Um für das ganze Jahr 1933 die gleiche Basis zu schaffen sind die Ziffern ab Januar errechnet worden.

²⁾ Am 1. Juli 1933 sind die an diesem Zeitpunkte vorhandenen Wohlfahrts-erwerbslosen in die Erwerbslosenfürsorge übernommen worden.

Veröffentlichungen des Statistischen Landesamtes im Monat Juli 1993

Statistische Berichte

		Dezember 1992	H II 1 - vj 3+4/92
Wanderungen im 4. Vierteljahr 1992	A III 1 - vj 4/92	Zahlungsschwierigkeiten im Jahre 1992	J I 1 - j 1992
Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer im 3. Vierteljahr 1992	A VI 5 - vj 3/92	Personal im öffentlichen Dienst am 30. Juni 1991	L III 2 - j 1991
Schweinebestand am 3. April 1993	C III 1 - vj 1/93	Preisindex für die Lebenshaltung Mai 1993	M I 2 - m 5/93
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe im März 1993	E I 1 - m 3/93	Preisindex für die Lebenshaltung Juni 1993	M I 2 - m 6/93
Index der Nettoproduktion und Produktion ausgewählter Erzeugnisse im Produzierenden Gewerbe des Saarlandes April 1993	E I 2/E I 5 - m 4/93	Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen: Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen 1988 bis 1992 Stand: April 1993	P I 1 - j 1992
Bautätigkeit im Jahr 1992	F II 1,2,3,4 - j 1992	Aktuelle Wirtschaftszahlen für das Saarland Ausgabe Januar bis April 1993	Z 1 - m 4/93
Einzelhandel im April 1993	G I 1 - m 4/93	Konjunktur aktuell (Juni 1993)	KA - 6
Gastgewerbe im April 1993	G IV 3 - m 4/93	Konjunktur aktuell (Juli 1993)	KA - 7
Binnenschifffahrt Juli bis			

Veröffentlichungen des Statistischen Landesamtes im Monat August 1993

Statistische Berichte

		Bauhauptgewerbe und Ausbau-gewerbe im Mai 1993	E II 1/E III 1 - m 5/93
Eheschließungen, Geborene und Gestorbene im 4. Vierteljahr 1992 (Vorläufige Ergebnisse)	A II 1 - vj 4/92	Baugenehmigungen im 2. Vierteljahr 1993	F II 1 - vj 2/93
Sterbefälle nach Todesursachen im 4. Vierteljahr 1992	A IV 3 - vj 4/92	Einzelhandel im Jahr 1992 Korrigierte Ergebnisse	G I 1 - j 1992
Rindvieh- und Schafbestände am 3. Juni 1993	C III 1 - vj 2/93	Einzelhandel im Mai 1993 Vorläufige Ergebnisse	G I 1 - m 5/93
Schlachtungen und Fleischanfall im 2. Vierteljahr 1993	C III 2 - vj 2/93	Großhandel im Jahr 1992	G I 2 - j 1992
Milcherzeugung und -verwendung im 1. Halbjahr 1993	C III 3 - hj 1/93	Fremdenverkehr im Januar 1993	G IV 1 - m 1/93
Gewerbean- und -abmeldungen im Jahr 1992	D I 2 - j 1992	Fremdenverkehr im Februar 1993	G IV 1 - m 2/93
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe im April 1993	E I 1 - m 4/93	Gastgewerbe im Jahr 1992 Korrigierte Ergebnisse	G IV 3 - j 1992
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe im Mai 1993	E I 1 - m 5/93	Gastgewerbe im Mai 1993 Vorläufige Ergebnisse	G IV 3 - m 5/93
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe im Juni 1993	E I 1 - m 6/93	Straßenverkehrsunfälle im Januar 1993	H I 1 - m 1/93
Index der Nettoproduktion und Produktion ausgewählter Erzeugnisse im Produzierenden Gewerbe des Saarlandes Mai 1993	E I 2/E I 5 - m 5/93	Straßenverkehrsunfälle im Februar 1993	H I 1 - m 2/93
		Straßenverkehrsunfälle im März 1993	H I 1 - m 3/93
		Kriegsopferfürsorge 1992	K III 3 - j 1992
		Steueraufkommen im Saarland 1992	L I 1/L I 2 - j 1992

Veröffentlichungen des Statistischen Landesamtes im Monat September 1993

Statistische Berichte

		Fremdenverkehr im Mai 1993	G IV 1 - m 5/93
Bevölkerungsentwicklung im 4. Vierteljahr 1992	A I 1/A I 2 - vj 4/92	Gastgewerbe im Juni 1993 (Vorläufige Ergebnisse)	G IV 3 - m 6/93
		Straßenverkehrsunfälle im April 1993	H I 1 - m 4/93
Auszubildende im Saarland 1992	B II 5 - j 1992	Straßenverkehrsunfälle im Mai 1993	H I 1 - m 5/93
Strafvollzug im Saarland 1992/93	B VI 6 - j 1992/93	Straßenverkehrsunfälle im Juni 1993	H I 1 - m 6/93
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe im Juli 1993	E I 1 - m 7/93	Kraftfahrzeugbestand am 1. Januar 1993 und Neuzulassungen im Jahre 1992	H I 2 - j 1992
Index der Nettoproduktion und Produktion ausgewählter Erzeugnisse im Produzierenden Gewerbe des Saarlandes Juni 1993	E I 2/E I 5 - m 6/93	Personenverkehr der Straßenverkehrs- unternehmen im 4. Vierteljahr 1992 und Jahr 1992	H I 4 - vj 4/92
Index der Nettoproduktion und Produktion ausgewählter Erzeugnisse im Produzierenden Gewerbe des Saarlandes Juli 1993	E I 2/E I 5 - m 7/93	Kommunale Finanzen im 1. Vierteljahr 1993	L II 2 - vj 1/93
Bauhauptgewerbe und Ausbau- gewerbe im Juni 1993	E II 1/E III 1 - m 6/93	Preisindex für die Lebenshaltung August 1993	M I 2 - m 8/93
Bauhauptgewerbe und Ausbau- gewerbe im Juli 1993	E II 1/E III 1 - m 7/93	Preisindex für Bauwerke Mai 1993	M I 4 - vj 2/93
Das Handwerk im 2. Vierteljahr 1993	E V 1 - vj 2/93	Abfallbeseitigung im Produzierenden Gewerbe und in Krankenhäusern 1990	Q II 2 - 3j 1990
Wohngeld 1991	F II 11 - j 1991	Aktuelle Wirtschaftszahlen für das Saarland Ausgabe Januar bis Mai 1993	Z 1 - m 5/93
Einzelhandel im Juni 1993 (Vorläufige Ergebnisse)	G I 1 - m 6/93	Aktuelle Wirtschaftszahlen für das Saarland Ausgabe Januar bis Juni 1993	Z 1 - m 6/93
Fremdenverkehr im März 1993	G IV 1 - m 3/93	Konjunktur aktuell (August 1993)	KA - 8
Fremdenverkehr im April 1993	G IV 1 - m 4/93	Konjunktur aktuell (September 1993)	KA - 9